

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Postanstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bogen 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsfrist: Bezugsfrist für die nächste Nummer: 15 Tage. Für die Abgabe der nächsten Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 42.

Mittwoch, den 19. Februar 1908.

19. Jahrgang.

Die kleinen Epigonen.

Der liberale Wahlrechts „Kern“ in Breslau.

Es hat etwas sehr lange gedauert, ehe sich unsere einheimischen Freisinnigen daran erinnerten, daß in Preußen augenblicklich ein Kampf fürs freie Wahlrecht geführt wird; an tausend sozialdemokratische Versammlungen und einige Duzend Straßen-Demonstrationen, denen außerhalb etwa fünfzig liberale Versammlungen gefolgt sind, mußten erst die Augen aller preussischen Politiker auf die „Forderung des Tages“ lenken, ehe auch die hiesige freisinnige Volkspartei sich entschloß, so etwas wie eine Wahlrechts-Versammlung anzuberaumen. Hierliche Plakate in den Säulen-Läden seit acht Tagen an einer Zusammenkunft in den Sälen des Café Restaurant ein, die für genügend erachtet wurden, um die Wahlrechts-Demonstrationen der großen liberalen Handelsstadt mit freisinniger Verwaltung und Stadtverordnetenmehrheit und einem liberalen Reichstagsabgeordneten zu fassen. Die Arrangements hatten sich nicht verrechnet, wenigstens nicht nach oben, eher schon nach unten, — denn einer der „Säle“ genügte, um die Wälferschaaren zu fassen, die am Sturm gegen das Klassenparlament teilzunehmen gedachten. Ueber der Rede des Königsberger Abgeordneten Gynling aber wie auf der ganzen Versammlung lag es wie ein niederdrückender Nebel, der jeden frischen Ton ersticke und selbst den gewandten Perioden des rednerischen Leiters Heilberg schleppende Fesseln anleite.

Der Breslauer Freisinn hat einst bessere Tage gesehen. Damals als er befruchtendes Leben aus dem Urboden des Volks in seine Kundgebungen zog, als er gemeinsam mit der Sozialdemokratie flammende Protestrufe gegen die Volksschulverminderung, gegen die Margarinegesetzgebung, gegen den Zolltarif vom Jahre 1901, gegen die Ley Heinze erhob und die Stimme des Volkes in großen Sälen mächtig widerhallte! Heute kehrt's andere. „Ich bin allein auf weiter Flur“ kann sich Herr Heilberg trauernd eingestehen, das kurze Aufblühen liberaler Hoffnungen bei der Reichstagswahl 1907 verdankte er den rührigen Hilfskräften und terroristischen Beamtenhelfern von rechts — doch plötzlich auf des Weges verließen die Begleiter ihn und so marschieren die bezimierten Kolonnen nun in einen Landtagswahlkampf, der für sie nicht die geringsten Chancen eines Erfolges bietet.

Ueber die Wahlreformfrage sollte und wollte Herr Reichstagsabgeordneter Gynling sprechen, der sich selbst bescheidener Weise zu den kleinen Epigonen der großen liberalen Führer zählte; er hat dabei kein Wort gegen die Konservativen und nur ein sehr bescheidenes über Bülow — nicht gegen ihn — gewagt. Seine kurze Rechtfertigungs- und Verteidigungs-Ansprache richtete sich ausschließlich gegen die Freunde und eifrigsten Förderer des Wahlrechtskampfes, gegen die Gruppe um Barth und gegen die Sozialdemokratie. Das arg gesunkene Ansehen der

Volkspartei zu reparieren, schien seine einzige Aufgabe zu sein, die ihm trotz eines gezwungenen Affomagnements des Dr. Dohle, der Geiterkeit und Beifall zu markieren hatte, schwer genug fiel. Aber wir erfuhren wenigstens, daß Bülow den Liberalen das Wort gar nicht gebrochen hat, wie Barth zu behaupten wagt, weil er ja gar keins gegeben — bitte lesen Sie die Stenogramme! meint Herr Gynling. Wo hat er uns eine Wahlreform versprochen? Niemals! Auch in Norderny nicht. Ist ihm gar nicht eingefallen. Also haben wir nichts von ihm zu verlangen. Aber deshalb bleiben wir dennoch im Block, denn Opposition haben wir lange genug gemacht und es ist zur Abwechslung ganz gut, wenn wir uns einmal an der aktiven Politik beteiligen — so versicherte Herr Gynling und vergaß den Nachsatz: wenn sie auch antiliberal und unfruchtbar bleibt. Was soll der Liberalismus weiter tun? Straßendemonstrationen nützen nichts, Neben nützen nichts, Versammlungen nützen nichts, Resolutions nützen erst recht nichts — eigentlich hätten auch die 180 liberalen Mannen daheim bleiben sollen, die den Schritt ins Café Restaurant ablehnt hatten. Denn auf die Meinung der Wähler, wenn sie radikaler ist als die des Abgeordneten, soll man nach Gynling nicht zu viel geben, da ist viel Stimmungsmache dabei und viel Demagogentum. Sollte aber die Meinung der Wähler reaktionärer sein als die einzelner Führer, sollten sie sich etwa weigern eine sozialdemokratische Wahlmannsstimme abzugeben — ja darn respiziert man diesen Wählerwillen und verzichtet auf jede Brechung oder Vereinfachung.

Ueberhaupt die Sozialdemokratie ist total bündnis-unfähig, diese Ansicht hat schon der alte Hamburger gehabt, denn Sünden sind ohne Zahl! Sie achtet nicht die Ehre des Gegners und die Würde des Menschentums, sie ist eine Feindin der Pressefreiheit, des Wahlrechts und des Vereinsrechts, denn sie macht davon einen ganz unziemlichen Gebrauch. Herr Gynling ist kein Breslauer und weiß deshalb wahrscheinlich nicht, daß diese Untugenden bei uns erst in dem Augenblick entdeckt wurden, als die Breslauer Sozialdemokratie sich nicht mehr bereit erklärte, Freisinnige in den Landtag und die Stadtverordnetenversammlung zu wählen, ohne die geringste Gegenleistung zu empfangen. Vorher war sie zehn Jahre lang „würdig“ zu gemeinsamen Protestversammlungen und zur Abstimmung für liberale Kandidaten gewesen, erst als sie den Liberalismus an seine Pflicht gemahnt, war unsere „Würde“ dahin. Dann erst begann die „Breslauer Zeitung“ ihr Kleingewehrfeuer und ihre Dolchstiche, die zeitweise so unfair geführt wurden, daß die „Freisinnige Zeitung“ in Berlin sich genierte, sie der Gesamtpartei mitzuteilen. Da wir noch immer dem Grundsatz gehuldigt haben, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört, blieben wir ihm nichts schuldig und urplötzlich verwardelte sich die liberale Dame in ein zimperliches Jüngferlein, das vor dem sozialdemokratischen Sauberbention in Ohnmacht fiel. So die wahre Geschichte der Breslauer Par-

teilnahme, die nun mit unserer Würdebeugung bemäntel werden soll.

Für den Freisinn bedeutet sie die Selbstabdankung in den kommenden Wahlkämpfen, in Breslau wie in ganz Nieder-Schlesien. In der eigenen Ohnmacht verliert man auch den Blick für die Position des Gegners. Sonst könnte es doch auch dem Auge des Königsbergers nicht fremd geblieben sein, daß erst von dem Tag an, da die Sozialdemokratie und ihre Wahlrechtsdemonstration einsetzte — bei der übrigens auch in Breslau kein einziger „Führer“ fehlte — daß erst von diesem Augenblick an die große Bewegung einsetzte, die bei keiner früheren Interpellation zu verzeichnen war aber jetzt zweifellos vorhanden ist und nicht mehr verläßt, bis das Ziel erreicht ist. Daß heute der Freisinn auf die Regierung keinen sonderlichen Druck mehr ausüben vermag, glauben wir selbst, ob das aber unmittelbar nach dem Bruch mit dem Zentrum, als Kaiser und Monarch durch zweifelhafte Ausprüche öffentlich festgelegt war und ein Zurück ausgeschlossen schien, ebenso stand — das zu erwägen ist ihre eigene Sache.

Heute liegen die Dinge allerdings so, daß der Liberalismus weder im Block noch außerhalb des Blocks etwas für den „Ruck nach links“ tun kann. Er hat abgedankt. Sogar fürs Herrenhaus fand der volksparteiliche Redner rührende Worte und tabelte dessen Kritiker. Nur eine innere Regeneration, die nicht von den Führern, sondern nur aus den Wählern hervorgehen mußte, könnte dem Liberalismus einen Teil seines alten Einflusses wiedergeben. Und für eine solche Regeneration ist in Breslau nicht das kleinste Anzeichen vorhanden, selbst die „Breslauer Morgenzeitung“ sieht in passivem Zwartzen ihr Heil und ordnet sich bis auf redaktionelle Änderungen der Dohle-Richtung unter. Unter diesen Umständen ist für den Freisinn der Wahlkampf von 1908 schon im voraus verloren. *

Politische Uebersicht.

Der „Vaterlandsverrat“ des preussischen Herrenhauses. Die Rosenkommission des preussischen Herrenhauses hat auch in der zweiten Lesung ohne Rücksicht auf das „neue Material“ der Regierung ihren Beschluß aufrecht erhalten, wonach im wesentlichen die Enteignung nur solcher Grundstücke erlaubt sein soll, die in den letzten zehn Jahren durch Kauf oder testamentarische Vererbung an entfernte Verwandte in die Hände eines neuen Eigentümers gelangt sind. Weber das Recht der Kirche noch das aristokratische Erbschaftsprinzip soll durch die neue Enteignungsvorlage angefaßt werden dürfen.

Die Regierung hat sich zu diesen Beschlüssen des Herrenhauses noch nicht geäußert. Sie weiß offenbar noch nicht, ob sie in diesen sauren Apfel beißen soll. Wird endlich das Enteignungsrecht auf Grundstücke der genannten Art beschränkt, so kann der Zweck der Enteignung, die Schaffung großer zusammenhängender Komplexe für die deutsche Be-

Juch.

Roman von Alphonse Daudet, einzig autorisierte Uebersetzung.

64] (Nachdruck verboten.)

Sinter den zahlreichen Seiten dieses Briefes erkannte Juch deutlich zwei Geschlechter: d'Argentons doktrinales und distinktes und das seiner Mutter, seiner Mutter, die wieder zu sich selbst gekommen und ihn von fern umarmte und ihn mit ihren Redereien umhüllte. Man sah, wie unterdrückt die arme Frau, wie eingesenkt ihre ganze ausgebeulte Natur war. Die Einbildungskraft der Kinder feht ihre Gedanken gern in Bilder um, und so glaubte Juch beim Lesen, seine Jda — für ihn hieß sie immer Jda — in dem Türmchen von Parva domus eingeschlossen zu sehen, wie sie ihm in ihrer Not zuwinkte und ihn wie einen Getland zu Hilfe rief.

Oh, ja, er wollte arbeiten, ein wichtiger Arbeiter werden, standhaft ausharren, seinen Lebensunterhalt reichlich verdienen, um seine Mutter von dort fortzuholen, sie jener Draxanne zu entreißen. Zunächst beschloß er all seine Bücher, Dichter, Historiker, Philosophen, in die Kiste des Herrn Kwaik, welche er aus Zucht vor Verhörungen vernagelte. Er wollte nicht mehr lesen, wollte seinem Verstande nicht mehr so viel ablenkende Wade öffnen. Er wollte gewaltiam all seine Kräfte, all seine Gedanken für das von seiner Mutter ihm gesetzte Ziel bewahren.

„Du hast Recht, kleiner Bursch“, sagte Herr Kroudie zu ihm. „Die Bücher trichtern einem nur Misgeraten in den Kopf. Das gerstret einen bei der Arbeit. Man braucht davon bei unserem Gewerbe nicht so viel zu wissen; und da Du den guten Willen hast, es zu erlernen, so höre meinen Vorschlag. Ich mache jetzt des Abends, sogar des Sonntags, Ueberschulstunden. Wenn Du willst, so komm mit mir; ich werde Dir bei der Arbeit die Behandlung des Eisens zeigen. Ich bin vielleicht nochthätiger und glücklicher als Uebesam.“

Von diesem Tage an hielten sie es so. Gleich nach Tisch nahm der Justierer, welcher mit einer besonderen Arbeit beauftragt war, das Kind mit sich in das verlassen, stille, wie zur Vorbereitung neuer Kräfte für die Arbeit des anderen Tages gesammelte Hüttenwerk. Nur eine kleine Lampe, die auf einem Werkisch stand, beleuchtete die Tätigkeit des Vaters Kroudie. Die ganze übrige Werkstatt war in jenes phantastische Dunkel gehüllt, wo der Mond die Gegenstände waffenweis abteilt, ohne sie scharf zu fordern. Das war ein höchweises Abzirkeln Länge der Mauer, wo die Werkzeuge aufgehängt blieben. Die Drehscheiben behten sich in lange Streifen. Die Laue, die Kurbeln, die Wellen kreuzten sich gebemmt, unbeweglich, während abwechselte Metallspäne, die wie zum Beweis der entkräfteten Ar-

beit vom Werkisch herabgefallen waren, am Boden gäherten und unter jedem Schritte knirschten.

Vater Kroudie handhabte in gebeugtem Vernektsein seine feinen Instrumente, während er die Augen beständig auf den Zeiger der Uhr geheftet hielt. Kein anderes Geräusch als das Schnarren der durch Pedale bewegten Drehscheibe und das scharfe Klirren des Wassers, welches tropfenweis auf das in vollster Schnelligkeit kreisende Rad hinabfiel. Neben dem Faktor stehend, bemühte sich Juch mit dem Zubauen eines Stückes, strengte alle seine Kräfte an und versuchte, dem Sandwerk Geschwind abzugewinnen. Aber sein Beruf lag hier entchieden nicht.

„Das steht fest, mein armer kleiner Bursch“, sagte Vater Kroudie zu ihm. „Du hast keine Neigung für die Feile!“ Und doch tat der kleine Bursch sein Möglichstes und gönnte sich keinen Augenblick Ruhe. Zuweilen nahm ihn der Faktor des Sonntags mit, um das Hüttenwerk in einzelnen zu besichtigen, und erklärte ihm das Spiel all' dieser mächtigen Maschinen, deren Namen ebenso barbarisch, ebenso verzwirrt waren wie ihr Werkere.

„Maschine, um die Knauslöcher für Kurbeln auszubohren.“
„Maschine, um Zapfenlöcher in den Enden der Zugstange auszubohren.“

Er erklärte ihm einzeln Stück für Stück mit Vegetierung all' diese Verzahnung von Rädern. Sägen, gigantischen Schrauben und ließ ihn die wunderbare Zustellung dieser tausend übereinstimmenden Teile bewundern, die ein so vollkündiges Ganzes bildeten. Von diesen Erklärungen behielt Juch nur einen grausamen, wundärztlichen Namen, der ihn an einen entsehligen Schädelbohrer gemahnte, dessen endlose Schraube in seinem Hirn gefirnist hätte. Er hatte den Schreden noch nicht überwinden können, welchen ihm all' diese unbewußten, rohen, unerbittlichen Kräfte verurachten, denen man ihn preisgegeben. Vom Dampf getrieben, machten sie ihm den Eindruk bössartiger Tiere, die ihm beim Vorübergehen auflauerten, um ihn zu erschrecken, zu zerreißen, in Stücke zu setzen. Unbeweglich und abgekühlt, ergriffener sie ihm noch bedrohlicher, mit ihren offenen Klauern, ihren ausgestreckten Fäßen oder ihren eingezogenen, verborgenen Gerüstwerkzeugen und dem Aussehen gesättigter, befriedigter Grausamkeit.

Ein Mal jedoch war er im Hüttenwerk Zeuge einer ergreifenden Feier, die ihn besser als alle Erklärungen des Vaters Kroudie verstehen ließ, welche Schönheit und Größe in diesen Geräten liege.

Man hatte jochten für ein Staatskanonenboot eine herrliche Dampfmaschine beendet. Sie war seit lange in dem Aufstellungsraume, dessen ganzen Wintergrund sie einnahm. Dort stand sie, vollkündig, aber nicht vollendet, umringt von einer Schar Arbeiter. Juch betrachtete sie oft im Vorübergehen von fern durch die Scheiben, denn niemand, außer den Justierern hatte das Recht einzutreten. Sobald sie fertig wäre, sollte die

Maschine nach Saint-Nazaire abgehen, und die Schönheit und Feinheit dieser Abreise bestand darin, daß die Ingenieure von Zindret beschlossen hatten, sie trotz ihres riesigen Gewichtes und ihrer verwickelten Konstruktion ganz zusammengepackt als ein einziges Stück einschiffen zu lassen, da das furchtbare Bezeugen der Verladung, worüber das Hüttenwerk verfügte, ihnen solch stübes Unterjangen gestattete. Alle Tage hieß es: „Morgen geht's los!“ aber jedes Mal gab es im letzten Augenblick noch eine Kleinigkeit zu prüfen, irgend etwas zu verbessern, zu vervollkommen. Endlich war sie fertig. Man gab Befehl, sie einzuschiffen.

Das war ein Festtag für Zindret. Um ein Uhr waren alle Werkstätten geschlossen, Gänger und Straßen entleert. Männer, Frauen, Kinder, alles, was auf der Insel lebte, sowie die Maschine, von der Aufstellungshalle abfahren, bis zur Loire hinabsteigen und sie auf das Frachtschiff, das sie forttragen sollte, verladen sehen. Lange bevor das große Portal sich öffnete, hatte sich die Menge auf dem Vorplatz der Halle mit erwartender Unruhe, mit sonntäglichem Surren versammelt. Endlich erschlossen sich die beiden Flügel der Werkstatt, und aus dem Dunkel des Hintergrundes sah man die riesige Masse sich langsam, schwerfällig nähern.

Als sie leuchtend, großartig und kräftig an's Licht kam, wurde sie mit endlosem Beifall begrüßt.

Unter den zweitausend Arbeitern des Hüttenwerkes war vieleicht keiner, der nicht nach Maßgabe seines Talentes oder seiner Kräfte an dieser schönen Arbeit mitgewirkt.

Man mußte fast Gewalt anwenden, um die Menge zu zerstreuen. Die Arbeiter liefen überall umher und teilten Höhenstücke aus, um den Weg frei zu machen; und alsbald blieben nur dreihundert der kräftigsten, aus allen Hallen ausgewählte Gefellen bei der Maschine zurück, welche mit Hebebaumfängen bewaffnet waren oder sich an starke Ketten schritten und nur auf das Signal warteten, um das Ungeheuer in Bewegung zu setzen.

Seht Ihr auf Euren Plänen, Bursche? Los dem!“

Dann ließ sich eine helle, lebhafteste Rufe hören, und die Maschine begann auf den Schienen sich zu rühren. Gleichwie ein fertiges Denkmal, welches die Arbeiter verlassen, hatte man sie hoch oben mit einem riesigen Strauß von Rindern geschnitten. Der all' diese menschliche Arbeit wie eine Kunstbezeugung, wie ein Wächeln der Natur übertrugte; und während sich unten die riesige Metallmasse mühsam vorwärts wälzte, neigte sich oben der grüne Busch, erhob sich wieder bei jedem Schritt und raufte leise in der reinen Luft. Von beiden Seiten bildete die Menge ihr Gefolge, der Direkteur, die Inspektoren, die Bedienten, die Gefellen, alle gingen wir durcheinander und bestaunte die Augen auf die Maschine; und die unermüdete Weise leitete sie zum Fluße, wo eine Dampfmaschine auf der Fläche des Saes regelrecht rauschte.

(Fortsetzung folgt.)

Abteilung nicht errötet werden. Die „nationale Politik“ der Regierung wird durch diese Beschlüsse tatsächlich durchkreuzt.

Da ist es nun überaus merkwürdig zu sehen, daß das sonst in solchen Fällen übliche Wutgeschrei der sogenannten „nationalen Presse“ diesmal vollständig ausbleibt. Tausendmal ist uns vorbede getagt worden, daß das Schicksal der Entgeltungsfrage eine Lebensfrage für das Deutschland der Ostmark ist. Daß diese Behauptung ebenso schwindelhaft ist, wie das meiste, was von sogenannten „nationalen“ Seiten gesagt wird, tut nichts zur Sache. Folgerichtig hätte die „nationale“ Presse dem preussischen Herrenhaus „bedenklichen Zustand nationaler Gesinnung“, „Verdrößerung mit den politischen Erzfeinden der deutschen Nation“, „trauen Vaterlandsverrat“ und ähnliche schöne Dinge nachsagen müssen, die uns Sozialdemokraten aus jahrelanger Praxis hinreichend bekannt sind.

Aber, wie gesagt, diesmal ist von all diesen Dingen bisher noch nicht mit einem Wort die Rede gewesen. Die „nationalen“ Parteien haben nämlich die bemerkenswerte Eigenschaft, ihre „nationale“ Gesinnung und die „antinationale“ Gesinnung anderer immer erst dann zu entdecken, wenn sie durch einen Pfiff des Herrn hierzu ermuntert werden. Die Handvoll Junker im preussischen Herrenhaus darf man nicht so behandeln, wie man vor einem Jahr aus viel nichtigeren Anlässen die Mehrheit des deutschen Volkes behandelt hat.

Pfaffen, sagt das Sprichwort, vertreibt die Angst. Manchmal aber vertreibt auch die Angst das Pfaffen.

Nur Risikofaktisch? Zwischen dem Reichskanzler Bülow und dem Bundesrat, so behauptet die „Kölnische Volkszeitung“, besteht ein tiefgehender Gegensatz. Dieser Gegensatz nahm bereits seinen Anfang, als der Kanzler in Norddeutsche erklärte: „Lassen wir die Finanzfrage eine Sorge der Zukunft sein.“ Seinen Höhepunkt erreichte dieser Gegensatz, als Bülow die Befolgungsvorlage ohne Deckungsvorlage mitteilte. Der Gegensatz hat sich sehr zugespitzt. Bülow will die Beamtenaufbesserung sofort, die Finanzreform dagegen auf die nächste Session verschoben. Der Bundesrat besteht aber auf der sofortigen Durchführung der Finanzreform. Die Stellung des Reichskanzlers sei in hohem Grade kritisch. Bülow habe zwar noch das Vertrauen des Kaisers, in den nächsten Tagen aber müsse eine weittragende Entscheidung fallen.

Die sachliche Bedeutung dieses Konflikts ist von uns schon mehrfach erörtert worden. Bülow, der von Finanzpolitik eben so viel weiß, wie etwa von Sozialpolitik oder Sozialpolitik, nämlich nichts, will die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter aus Anleihen bestreiten und das Weitere „eine Sorge der Zukunft“ sein lassen. Es wäre begreiflich, wenn die verbündeten Regierungen diesen Skandal zu vermeiden suchten.

Bündler und Liberale. Der Bund der Landwirte hat sich am Montag im Berliner Zirkus Busch mit der Frage der Blockpolitik beschäftigt, und die Lösung, die er für dieses politische Problem der Gegenwart gefunden hat, ist so klar und einfach, daß jeder, der sie verstehen will, auch verstehen muß. Alles, was über den Block gesagt und beschlossen worden ist, läßt sich in kurzer Zusammenfassung etwa so ausdrücken: So lange der Freisinn bereit ist, einer Regierung zu dienen, die unter dem Kommando der konservativen Agrarier steht, will der Bund der Landwirte sich seine indirekte Hilfe gefallen lassen. Sobald aber in der linken Blockhälfte Bestrebungen der Selbstständigkeit und der Opposition lebendig werden, sobald nur ein Fußbreit agrarischen Gebietes oder ein Pfennig agrarischen Profites durch die Blockpolitik gefährdet wird, soll das amüsante Zwischenstück — so nannte der Freiherr von Wangenheim die gegenwärtige Stellung des Freisinns — auch sein Ende haben.

Das weiße Hund des Zirkusgebäudes erdrückte von herzhaftem Gelächter, während Herr Dieberich Hahn die komischen Sprünge parodierte, mit denen sich der Freisinn, dieser „traurige Rekrut“, in seine neue Aufgabe als Regierungspartei einzufinden versucht hatte. Man kann es den Agrariern ohne weiteres zugeben, daß sie den Blockfreisinn weit schärfer und wirkungsvoller verhöhnt haben, als es jemals der Sozialdemokratie gelungen ist. Trotzdem schlägt der Freisinn weiter ohne Bedenken auf die Sozialdemokratie los. Die Sozialdemokratie ist es, die ihn in seiner Herrschermürde kränkt, ärgert, beleidigt, während er alle Kniffe und Puffe, die ihm sein konservativer „Mitregent“ freigebig zuteilt, geduldig erträgt. Warum, sagt Herr Dieberich Hahn, „Sont wird diese Herrlichkeit bald zu Ende sein!“ Inabelndes Gelächter, stürmischer Beifall. Ungefähr so ähnlich sagt es ja auch die freisinnige „Bosnische Zeitung“.

Nun wäre es freilich falsch, anzunehmen, daß sich die freisinnigen Blockführer nicht der Rolle bewußt wären, die ihnen durch die Politik des „agrarischen Reichskanzlers“ zugewiesen worden ist. Aber lieber wollen sie im Dienste des Junkertums das Amt des geprägten Hofnarren übernehmen, als Seite an Seite mit der Sozialdemokratie einen ehrlichen Kampf wider Drogenwucher und Wahlmanrecht führen. Sie wollen warten, bis ein Zeichen von oben dem „amüsanten Zwischenstück“ ein Ende macht und die agrarische Kettenpolitik sie zum Blocktor hinausjagt.

Dämmernde Erkenntnis? In einer nichtöffentlichen, auf Karteninhaber beschränkten Wahrscheinlichkeitsversammlung der Berliner freisinnigen Volkspartei sprach sich nicht nur, wie zu erwarten war, der alte Herr Träger, sondern auch Hofmann und sogar Mugdan ziemlich scharf gegen Bülow und seine Blockpolitik aus. Der Abg. Geyling aus Königsberg, der die Taktlosigkeit bezeugt, gegen Träger zu polemisieren und die Blockpolitik zu verurteilen, wurde in Berlin mehrfach durch den Unwillen der Versammlung unterbrochen, in Dresden nicht. Zwei Hirsch-Dumderische Arbeiter kritisierten scharf die bisherige Haltung der Fraktionsgemeinschaft. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die

sich für eine energische Agitation ohne Rücksicht auf die Blockpolitik ausspricht.

Noch vor ein paar Tagen sagte Herr Kopsch, daß nur „politische Kinder und Narren“ über Quertreiber und Eigenbrötlere wie Warth, Breitscheid und v. Gersdorff eine solche Entschiedenheit bestärken könnten. Am Sonntag aber erschien als „Quertreiber und Eigenbrötlere“ — der unentwegte Blockmenschen Geyling!

Wie lange diese Besserung anhalten wird, ist allerdings fraglich.

Lohnenden Erwerb für Sozialisten. Die nur das hierzu nötige Maß von Charakterstärke aufbringt, liefert die bürgerliche Presse in Hülle und Fülle. Denn jede gegen die Sozialdemokratie gerichtete Notiz, mag sie auch auf den ersten Blick als unwahr erkannt werden können, findet begierige Aufnahme und entsprechende Entlohnung. Den „Rückgang der Sozialdemokratie in Teltow-Beeskow“ haben wir in der Sonntag-Nummer gekennzeichnet.

Durch die gegnerische Presse ging nun wieder die neue Behauptung, in einem Brechprojekt gegen unser Kieler Parteigänger, die „Schleswig-holsteinische Volkszeitung“, habe der Verleugner die Unbildung des Angeklagten, Genossen Breconr, als mildern Umstand für ihn in Anspruch genommen. So also, schrieb die bürgerliche Presse, seien die Kräfte aus, mit denen die Sozialdemokratie die „Aufklärung der Massen“ betreibt! Jetzt verstand Rechtsanwalt Spiegel eine Verächtlichung, in der es heißt: „Ich habe im Gegenteil erklärt, es sei einem Manne von der Bildung und Intelligenz des Angeklagten unmöglich, die von der Anklagebehörde unterstellte Absicht der Verleumdung zuzutragen.“

Wie erklären sich solche völlige Verkehrungen der Wahrheit? Einfach daraus, daß jede gegen die Sozialdemokratie gerichtete Behauptung, sei sie auch noch so unsinnig, in zahllosen Blättern Aufnahme findet und mehr Honorar einbringt, als der trefflichste, gelehrte Aufsatz, geschweige denn das Tagewerk eines ehrlichen Arbeiters!

Die Vertreibung der Wissenschaft aus der Festschule des Volkes. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath, hat für den 24. d. M. eine Sitzung des Zentralausschusses der Gesellschaft nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu der Liegnitzer Verfügung. In einem Rundschreiben besand die Gesellschaft mißverständlichen Mitteilungen gegenüber, daß nicht der allgemein als vortrefflich anerkannte Hauptkatalog der Gesellschaft „Bücher für Volksbibliotheken“, sondern ein Neben-katalog für populärwissenschaftliche Wandbibliotheken wegen einiger darin enthaltener Bücher von der Regierung beanstandet worden ist. Der Vorsitzende hat jetzt den Kultusminister um Angabe derjenigen Bücher ersucht, die behördlicherseits als für Volksbibliotheken nicht geeignet angesehen werden.

Der preussische Indus ist im Entstehen, seine Programmnummern werden eine Beachtung finden, die sich die schwarzköpfigen Minder nicht getraut haben.

Bismarck über Dunde. Der Deutsch-Amerikaner Hilgard Willard erzählt in seinen Lebenserinnerungen (deutsche Uebersetzung bei Georg Reimer, Berlin) von einem Besuche, den er Bismarck bald nach seiner Entlassung machte. Der gestürzte Reichskanzler empfing ihn mit den Worten:

Sie sind der einzige Besucher, Schwenninger ausgenommen, den ich seit einer Woche empfangen. Tatsächlich sehe ich unter einem übermühten Pöbel. Seitdem ich meiner Stellung verlustig gegangen, schenke ich jedem etwas mit mir zu tun zu haben, aus Furcht, das Mißfallen dessen zu erregen, der mich entlassen hat. ... Aber ich konnte ja nichts anderes erwarten, denn Hunde folgen stets dem, der sie füttert!

„Hunde folgen stets dem, der sie füttert!“ Nicht die Kreise allein, die sich damals auf einen Rück vom vielvergötterten Kanzler abwandten, müssen das Wort auf sich beziehen — es kennzeichnet eine im lieben deutschen Vaterlande noch weitverbreitete Charaktereigenschaft.

In Reichstag wurde am Montag der Postetat weiter behandelt. Der Postpost Petzke erhielt sein Gehalt bewilligt, gegen unsere Stimmen und die der Abg. Scharner und Lohm von der freisinnigen Vereinigung, wenn dieselben nicht rein zufällig zugegen gewesen sind. Die hiesigen Anwesenheiten unserer Partei durch den Bischofswaldener Pöbelkiss wurden vom Genossen Eichhorn beim richtigen Namen genannt, worauf der just präsidierende Parteiführer in die Lauffellen eines doppelten Ordnungsrufs führte. Von der Rechten kam der gewöhnliche Kampf mit einer durch formulierte Behauptung gemilderten Schärferworte dem Postpost zu Hilfe. Der Reichsanwalt Gumboldt sprach nebenbei von ungenügendem Bestreben nach Bismarckverdrängung der sozialistischen Einrichtungen zu Ungunsten der Großstädte aus. Der antikemistische Schreiber Böhm trat als Anstandsrichter auf, wozu er sich eignet, wie der Titel zum Lautenschlager. Am Dienstag geht die Beratung weiter.

Solidaritätsstreik und Sympathieandgebungen für den verletzten Professor Schnitzer. In der Wiener philologischen Fakultät freilich die Hörer des Professors Commer, weil dieser in seiner Vorlesung über Dogmatik einen Anfall gegen Professor Schnitzer-München machte. Commer sprach über den Modernismus und sagte, Schnitzer sei ein Deutscher, also ein Barbar. Daraufhin verließen die Hörer des Saal und kamen nicht mehr zurück. Der akademische Senat legte sich ins Mittel, und es heißt, daß Commer seine Kennerung widerrufen werde.

Die bayerischen Bischöfe beschäftigen gegen die Sympathieandgebungen der Ortsgruppe München des deutschen Hochschullehrertages für Professor Schnitzer eine Gegenandgebungen zu richten, zu der sämtliche Professoren der katholischen Fakultät in Bayern aufgefordert werden sollen.

Auch der Terrormisfall Erzbischof Konrad Grandinger zeigt neue Ercheinungen. Die liberale Fraktion des bayerischen Landtages hat zu dem Erzbischof von Bamberg wegen seines Schreibens an den Pfarrer Grandinger, worin er dessen Beteiligung an der liberalen Fraktionspolitik und insbesondere an der Schulpolitik als schweres Verbrechen bezeichnet, eine förmliche Verurteilung verurteilt. Es steht nun zu erwarten, daß der Herr Erzbischof sich nicht dranzumacht — in Bayern ist noch finstler

Lehrer und Schweinehändler in Mecklenburg. Einem Landbesitzer im großherzoglichen Domanium Mecklenburg-Schwerin bot sich während des Unterrichts die willkommene Gelegenheit, ein Schwein einzuhandeln. Er beauftragte den „Ordner“, einen Klassenführer, während der kurzen Abwesenheit die Klasse zu beaufsichtigen. Kaum war der Lehrer draußen, so verlegte ein Schüler seinem Nachbarn einen so bestigen Stof gegen den Kuchel, daß der Kopf zu tun bekam. Der Vater des Verletzten kaste gegen den Lehrer auf Schadenersatz. Er fiel aber beim Amtsgericht in Teterow mit der Klage ab. Das Gericht berief sich bei seiner Entscheidung auf das vom Lehrer eingeholte Gutachten des Schlichters Ebeling in Schwerin, wonach die Gehälter der Domaniallehrer „historisch betrachtet gering“ seien, daß die Lehrer gerade zum Nebenverwerb gezwungen seien. Der Nebenverwerb des besagten Lehrers sei Viehhäufel, und er wäre daher berechtigt gewesen, eine ihm sich gerade anbietende Gelegenheit zum Erwerb eines Schweines nicht vorübergehen zu lassen, also auf kurze Zeit die Klasse zu verlassen.

Das Gutachten stammt aus dem Lande, wo Schule und Volksbildung hoch im Kurse stehen. Und doch gibt es noch konservative Lehrer!

Gute Aussichten. Die gestern gemeinbare Wahl eines Bürgerlichkeitskandidaten in Hamburg erob bei einer Wahlbeteiligung von über 96 Prozent eine Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten, der 184 Stimmen erhielt, und dem Kandidaten der „so genannten Linken“, der 130 Stimmen bekam. Der Kandidat der vereinigten Liberalen erhielt 95 Stimmen; wenn diese nicht ziemlich geschlossen auf die reaktionären „Linken“ übergehen, wird Genosse Munkewald gewählt.

Die Rechtswirkung der Lohnsätze. Zur zweiten Beratung des Justizrats im Reichstage beantragt der Abgeordnete Dr. Fund mit Unterstützung der national-liberalen Fraktion, die Verbänderten Regierungen zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen vorzuschlagen, durch welche das Recht der Arbeitsverträge geregelt wird.

Anarchistenverhaftungen. Die Kriminalpolizei verhaftete drei Anarchisten, darunter den Säubler Unsch, der schon vor einigen Wochen verhaftet worden war, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Einer der Verhafteten ist ein holländischer Anarchist. Davon, daß diese Anarchisten irgend ein Vergehen verübt haben, ist nichts bekannt geworden.

Ueber eine Wahrscheinlichkeitsdemonstration in Solingen. Arbeit ein bürgerliches Telegramm: Sonntag Abend fanden sozialdemokratische Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen statt. Die Demonstrationen gegen vor das Rathaus, wo sie Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausbrachten. Als die Menge hier auseinandergetrieben war, begab sie sich nach dem Gewerkschaftshaus, welches geräumt und geschlossen wurde. Mehrere Personen wurden verhaftet. — Berichte von parteigebundener Seite liegen noch nicht vor.

Die Landwirtschaftsversammlung. Die oben erwähnte Resolution der Vertreter im Zirkus Busch hat folgende Wortlaut: „Eingedenk seines Grundgesetzes, des Volkes und des Vaterlandes Wohl über Streit und politische Meinungen zu stellen, beauftragt der Bund der Landwirte die vom Reichskanzler gestellten Bülow eingeleitete Blockpolitik als den Versuch einer Verständigung im Kampfe für die Erhaltung und Förderung nationaler Güter. Der Bund ist bereit, hierbei mitzuarbeiten, um nationale Ziele zu verfolgen. Ueber den Fortschritt, Lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner, die allgemeine nationale Wohlfahrt erstrebenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abbringen zu lassen.“ Die Resolution setzt sich gegen direkte Reichssteuer und die Dividendensteuer. Abg. von Liebermann-Sonnenberg erklärte, während der jetzigen Session werde der Block wohl noch halten, bei der nächsten Wahl jedoch werden die Freisinnigen wohl versuchen, ihre Grundzüge zur Geltung zu bringen. Nachdem Kuntze-Dietel noch seine Teilnahme an Straßen-Demonstrationen verweigert hatte, gingen die Landwirte in wohllichere Kneipen.

Für die Einführung des 8 Uhr-Lohnschlusses haben, nach der „Bosn. Ztg.“, die Organisationen der Handlungsgesellen in Frankfurt a. M. 3900 Stimmen von Ladeninhabern zusammengebracht. Da die Gesamtzahl der Ladeninhaber 5400 beträgt, sind zur Zweidrittelmehrheit 3600 Stimmen nötig. Frankfurt wird also demnach zur vollständigen Sonntagstruhe auch den 8 Uhr-Lohnschluß für alle Geschäfte bekommen.

Ausland.

Balkanfragen. Der deutsche Botschafter in Nordamerika Freiherr Sped von Sternburg erklärt, daß die in Amerika veröffentlichten Nachrichten, welche das Vorhandensein eines geheimen Vertrages zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei andeuten und belegen, daß Deutschland durch die Regierung, die für Mazedonien in Aussicht genommenen Reformmaßregeln zu unterstützen, in Europa Beunruhigung erzeuge, der Wahrheit nicht entsprechen. Deutschland werde im Einklang mit dem Madrider Programm Oesterreich-Ungarn und Rußland volle Unterstützung gewähren und tue sein Möglichstes, um die in der Frage der Bahnkonzessionen auf dem Balkan hervorretrete Spannung zu beilegen, wobei es anscheinend den besten Erfolg habe.

Die Angriffe einiger ausländischen Zeitungen wegen der Verbindung der Bahn Piräus-Quissa mit den türkischen Eisenbahnen hält man hier für wenig gerechtfertigt. Dieser Anschlag der griechischen Bahn an das schon im Betrieb befindliche türkische Eisenbahnnetz würde direkte Landverbindungen zwischen Griechenland und der Türkei, wie auch dem westlichen Europa herstellen.

Auch die französischen Modernisten werden geschmört. Erzbischof Amette verurteilte den Katholiken der Pariser Diözese, daß auf das Fehlen der „Evangelien“ betitelten Schrift des Modernisten Loisy die Strafe der Exkommunikation gesetzt ist. Die Exkommunikation des Verfassers bleibt dem Papste vorbehalten. Loisy erhielt diese Mitteilung des Erzbischofs in einem Dorfe des Departements Haute-Marne, wo er sich mit Geflügelzucht befaßt. — Die christliche Duldsamkeit der Kirche ist in allen Staaten gleich.

Von einer besoldeten Knüppelgarde empfangen wurde der englische Genosse Ken Hardie, wurde bei seiner Ankunft in Johannesburg von Böbel mit Eisen, Tomaten und Kartoffeln beworfen. Er mußte von Schutzleuten in die Mitte genommen und zum Wagen geleitet werden. Offenbar haben Kupfer- und Diamantengrubenbesitzer, die um ihren Profit bangen, besoldeten Arbeiterwillige für diesen Empfang geboten. Auch sie werden wirhren saulen Eisen die Arbeiterbewegung nicht aufhalten.

Von der englischen Flotte. Das britische Flottenbudget das Mittwoch dem Parlament vorgelegt wird, wird keine wesentlichen Erhöhungen gegen das Vorjahr aufweisen. Es verlannt übrigens, die englische Regierung wolle einen neuen Versuch machen, sich mit Deutschland über die gegenseitige Beschränkung der Flottenrüstungen zu verständigen. Die Verhandlungen seien schon im Gange. Demut eine Beschränkung

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung vom Montag, den 17. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Vandsratsitz: Praxie.

Die zweite Lesung des Postgesetzes wird fortgesetzt. Abg. Wiedeburg (Centr.) verlangt, daß die Arbeitszeit der Telegraphenarbeiter weiter herabgesetzt werde, fordert Besserstellung der Telegraphenarbeiter und bestreitet dem Abg. v. Treuenfels entschieden das Recht, den Fall Schellenberg mit dem Fall Grandinger zu vergleichen. (Zustimm. im Centr.)

Abg. Eichhorn (Soz.):

Ich muß noch einmal auf die Frage des Briefgeheimnisses zurückkommen. Herr Gamscher hat in den Ausführungen meines Freundes Singer eine Beleidigung der Postbeamten sehen wollen. Er hat ein natürliches Interesse, seine Kollegen zu verteidigen; aber er sollte doch an die früheren Verhandlungen der parlamentarischen Körperschaften und an die Beschäftigung seiner eigenen Partei denken. Nach dem Eingangsbericht des ehemaligen preussischen Ministers v. Gammertien haben sich an einem Wahlsonnabend Briefträger, der in der Postkassette Briefe zu bestellen hatte, Leute herangebracht, die ihn zur Auslieferung der Briefe bewegen wollten. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Minister sagte hierzu, die Postboten hätten keinen Anhalt dafür, daß jene Leute Polizeifunktionäre wären. (Lachen bei den Soz.) So dumme werden die Nachforschungen nicht sein, daß sie sich als solche offenbaren. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die früheren Abg. Gasse und Furer haben allerdings Verletzungen des Briefgeheimnisses nachgewiesen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch der frühere Zentrumsabgeordnete v. Bismarck hat im Reichstage seiner Zeit erklärt, zwei Postbeamte hätten zugegeben, angewiesen zu sein, auf Briefe von ihm zu achten. (Hört, hört! bei den Soz.) Das war zur Zeit des Kulturkampfes und damals war das Zentrum unbedingte Oppositionspartei. Zum Fall Schellenberg, der anderweitig genügend beleuchtet worden ist, sage ich nur deshalb noch einige Worte, weil der Staatssekretär in seiner widerspruchsvollen Polemik die allerhöchsten Ausdrücke gegen uns gebraucht hat. Schellenberg ist weder Beamter, noch Sozialdemokrat. Er hat in der Stichwahl für uns gestimmt wie Herr Kräfte infolge des Wahlabkommens für den freisinnigen gestimmt hat, ohne darum ein freisinniger Mann zu sein. (Beifall bei den Soz.) Wenn der Staatssekretär bestreitet, daß eine Abregelung vorliegt, so ist das ein möglicher Streich um Worte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dr. Schellenberg ist jedenfalls auf Grund des Geheimnisses einer Kellnerin und der perfiden Denunziation eines Postrats gefolgt worden. Dabei handelt es sich um einen Akt, bei dessen Verurteilung die öffentliche Meinung gar keine Rolle spielt. Auch in Sozialdemokrat kann Postbeamten von Straftaten heilen, die durch dienstliche Überanstrengungen bei ihnen entstanden sind. (Sehr gut! bei den Soz.) Am Sonnabend jagte mir der Staatssekretär:

Ich habe Schellenberg kündigung missen, weil ich doch nicht habe einen Postbeamten sagen können: Dr. Schellenberg ist gar kein Sozialdemokrat, es ist kein Mord an ihm. Damit hat sich der Staatssekretär eine ganz unerhörte Bemerkung gegenüber meiner Partei erlaubt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er hat eine Partei mit 3/4 Millionen Wähler in unerhörter Weise beleidigt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Jede parlamentarische Ausdrucksweise verläßt gegenüber solchen Worten und ich finde kein anderes Wort für die Äußerung des Staatssekretärs, als daß sie eine Unverschämtheit ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Präsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Eichhorn (fortfahrend): Gerade der Staatssekretär sollte sich überlegen, ob sich derartige Äußerungen, wie er sie gemacht hat, empfehlen. Will man alle Sozialdemokraten ausschließen, so wird man den Postbetrieb und andere Staatsbetriebe lahmlegen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat ungeschickt ein System des Terrorismus proklamiert. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Jurist recht: Sie treiben selbst Terrorismus! Das ist nicht wahr. In zahlreichen Genossenschaften und Krankenkassen, in denen die Freiheit haben, sind Beamte angestellt, die unsere politischen Gegner sind. Nicht von uns, sondern von unseren Gegnern wird Gesinnungsgewinn erzielt. Die Rechte, die immer noch sozialdemokratischen Forderungen, sollte in ihrem eigenen Interesse nicht für Maßregeln eintreten, die zur Verschärfung der sozialen Kämpfe führen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir stimmen natürlich für die Resolution auf

Verabschiedung der Ortspostoffize.

Wenn wir uns auch wundern, daß diese Resolution von den Antikommunisten eingebracht worden ist, die früher Feuer und Flamme für die Vorberückung waren. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Man sollte auch die Postanweisungsgelder herabssetzen; die Einnahmen würden dadurch nicht vermindert werden. Daß man jetzt eine neue Kategorie akademischer Postbeamten schaffen will, ist geradezu eine Beleidigung gegen die bisherigen Beamten. Der wahre Grund dieser sogenannten Reform ist, daß man für minderfähige Söhne der Bourgeoisie, die ein paar Jahre lang das Korpsburschenleben durchgemacht, neue bevorzugte Stellen schaffen will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Wettrennen um die Gunst der Beamten brauchen wir nicht mitzumachen. Wir sind längst für die Aufbesserung der Beamten eingetreten. Die bürgerlichen Parteien haben unsere Anträge ausgenommen, aber hart verweigert. Wenn das Beamtengesetz kommen soll, weiß ja selbst Herr Treue nicht, ich sehe nicht ein, warum man so große Rücksicht auf Preußen nehmen will. Die Mittel wären schon zu beschaffen, wenn die Herren, die den Hauptartikel von der Leistung haben, in die Taschen greifen und direkte Steuern bewilligen wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir verlangen eine allgemeine Aufbesserung, die bevorzugen auch den Unterbeamten zugute kommt. — Beamte sind wegen einer Kritik des Staatssekretärs befristet worden. Der Staatssekretär sprach sich über diese Kritik etwas recht hochmütig aus. Er sprach von der notwendigen Sachkenntnis. So viel Sachkenntnis,

wie sie der General hatte,

der vor Herrn Kräfte an der Spitze der Postverwaltung stand, werdet auch wohl die Abgeordneten noch haben, wenn Beamte mit Beschwerden an sie herantreten. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Ober-Postdirektion in Chemnitz hat einen Ukas erlassen, der die „bestenbehaltenen“ Beamten unangenehmlich einschließen droht. (Hört, hört! bei den Soz.) Danach ermittle man, was es heißt, wenn der Staatssekretär die Beamten auffordert, Vertrauen zu ihm zu haben. Mit den gehobenen Stellen scheidet die Postverwaltung den Grundsat „letzte und herrsche!“ zu befolgen. Eine Einstufungswirtschaft ist die Folge und die neuen, eigentlich bloß formalen Prüfungen werden daran nichts ändern. Welt besser, als gehobene Stellen, würde die allgemeine Hebung der Unterbeamten sein. (Zustimmung bei den Soz.) Die Beschwerden über die lange Arbeitszeit hat der Staatssekretär nicht widerlegen können. Ueber 23 Prozent aller Beamten haben mehr als 10 Stunden Dienst pro Tag. (Hört, hört! bei den Soz.) Man stellt kein Ersatzpersonal an, obwohl solches wohl mehr als reichlich vorhanden ist. Von einem Abnehmen der Bestellungen ist in der Tat keine Rede. Wenn man ungeschickterweise den Beamten das Koalitionsrecht vorenthält, so hätte man die doppelte Pflicht, sie anständig zu bezahlen. Die Hungerlöhne, die man den Unterbeamten zahlt, sind nach der Feststellung eines Richters direkt ein Anreiz zur Unterschlagung. (Unruhe rechts. — Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen, daß den Beamten und Arbeitern das volle Koalitionsrecht gegeben wird. Die Ausschüsse haben nur Wert, wenn ihre Grundlage, das Recht der freien Vereinigung, gewahrt wird. Bessere Verhältnisse werden erst dann eintreten, wenn in dieser Beziehung Wandel geschaffen ist und wir nicht mehr solche Äußerungen von Kurzsichtigkeit und Parteigeheißigkeit hören, wie die des Staatssekretärs in den letzten Tagen. (Bravo! bei den Soz.)

Vizepräsident Baasche ruft den Redner zur Ordnung, weil er dem Staatssekretär Kurzsichtigkeit und Parteigeheißigkeit vorgeworfen habe.

Staatssekretär Kräfte: Ich halte aufrecht, daß die Beschuldigungen des Abg. Singer wegen Verletzung des Postgeheimnisses leichtfertige Verdächtigungen sind. Ich muß verlangen, daß Namen genannt werden. (Sehr gut! rechts.) Wenn jemand, der einen Briefträger auf der Straße nach einer Wohnung fragt, ein Spion ist, dann bin ich auch ein Spion. — Man wirft der Postverwaltung Unbilligkeit vor, aber ein sozialdemokratischer Führer hat gesagt: wer nicht gehorcht, der fliegt hinaus. (Lachen b. d. Soz. — Sehr gut! rechts.) Die Postverwaltung bejaht ihre Leute anständig und ich muß entschieden dagegen protestieren, daß hier auf der Tribüne gesagt wird, schlechte Bezahlung berechtige zur Unterschlagung. (Widerspruch b. d. Soz. — Beifall rechts.) Abg. Frhr. v. Camp (Rpt.): Briefe kommen leicht an eine falsche Adresse. Herr Singer hat mindestens sehr leichtfertig gesprochen. Die Sozialdemokratie ist ganz besonders intolerant. Sozialdemokraten kann die Staatsverwaltung nicht dulden. (Bravo rechts.) (Zurück b. d. Soz.: Dann mögen sie uns alle rauswerfen!) Ja das geht leider nicht. Ich habe gar nichts dagegen, daß den Sozialdemokraten irgend ein Landstrich oder eine Insel zur Verfügung gestellt wird. (Abg. Singer ruft: Sie sind immer

bei der Hand, etwas zur Verfügung zu stellen! Herr Singer haben Sie uns schon einige Duzend Male zur Verfügung gestellt. Aber gegeben haben Sie es uns nie. Wann rücken Sie endlich damit heraus? Große Beifall.) Herr Singer, Sie sind unerschütterlich. (Große Beifall.) Wenn Sie mit Garantie geben, daß Sie das Gut rational bewirtschaften und 1 bis 2 Jahre vorher praktisch Landwirtschaft getrieben haben, dann sollen Sie das Gut haben, eher nicht. (Große Beifall.) Die Verwendung von Frauen im Postdienst ist nicht ganz zu vermeiden. Die Verabschiedung des Ortspostoffizes eine unwürdige Bevorzugung der Großstädte. Die Briefbestellungen könnten ruhig eingeschränkt werden und die Briefe brauchen nicht doppelt gestempelt zu werden. Wohlthätigen Vereinen sollte man für Massenaufgabe von Postkarten eine Ermäßigung gewähren. Verabschiedung des Postgesetzes würde nur die Wahlenbürger begünstigen. Koalitionsfreiheit kann man den Beamten nicht gewähren. (Bravo rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß ein Antrag Graf Pompey (Centr.) auf namentliche Abstimmung über die Resolution Gamm, bez. die Postanweisungsgelder eingelaufen sind.

Abg. Eng (Str.) (unverständlich) scheint über den Posthof zu sprechen.

Abg. Dr. Böhme (mitz. Bgg.) wirft dem Abgeordneten Eichhorn Ruppigkeit vor und tritt für die Telegraphenarbeiter ein.

Abg. Oetgen (Rpt.) befragt die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Befoldungsalter.

Abg. Duffner (Str.) bittet um Verbilligung des Portos bei Blindenschriften.

Abg. Schmann-Wiesbaden (Soz.): Als Vertreter von Wiesbaden muß ich noch einmal auf den Fall Schellenberg zurückkommen. Der Staatssekretär hätte auch, wenn Herr Schellenberg Beamter gewesen, kein Recht, ihn wegen seines Wählens zu entlassen. Der Treue des Beamten verlangt schließlich, daß der Beamte die Gesetze und die Verfassung beachtet. Die Verfassung aber gibt dem Beamten das Recht zu wählen, wie er will, und nur der Verfassung steht die Verfassung, der den Beamten daran hindert. (Zust. b. d. Soz.)

Der Kaiser hat keinen Befehl erteilt, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen darf. Ein solcher Befehl wäre auch ein Uebergreif und stünde im Widerspruch mit der Reichsverfassung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Früher haben auch bürgerliche Parteien diesen Standpunkt vertreten, so hat Herr Dr. Lieber, der Zentrumsführer, dem Staatssekretär Robbieloh gegenüber mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß zwar die sozialdemokratische Agitation seitens der Beamten nicht zu dulden sei, daß dagegen die sozialdemokratische Gesinnung der Beamten den Staatssekretär nicht angehe. Es kommt noch hinzu, daß die Postverwaltung ein völlig unpolitisches Ressort ist. Wir können einer solchen Verwaltung keine Mittel geben, um ihre Beamten zu belohnen zu machen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß die Verwaltung die Arbeiterauschüsse auflöst, wenn ihr mißliebige Versionen hineingewälzt werden, hat sogar das Reichsministerium Dr. Böhme tadelnd erwähnt. Wenn die bürgerlichen Parteien Mut und Konsequenz hätten, müßten sie das Gehalt des Staatssekretärs ablehnen. (Zust. b. d. Soz., Pitt. i. Block.) Ein solcher Staatssekretär dürfte keine 24 Stunden im Amte bleiben. (Lebh. Beif. b. d. Soz.) Damit schließt die Diskussion.

Präsident bemerkt

Abg. Eichhorn (Soz.): Es ist uns nicht eingefallen, die Postbeamten zu beleidigen; wir haben uns nur gegen die Machinationen der Polizeispitze gewandt. — Ebenso wenig habe ich die Unterschlagungen gerechtfertigt. Ich habe nur den miserablen Lohn der Postboten als Widerlegungsgrund bezeichnet.

Die Abstimmung über sämtliche Resolutionen wird bis zur dritten Lesung verschoben.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, und der Abg. Schrader und Dr. Dahn (Rpt. Bgg.) bewilligt.

Nach Beledigung einer Reihe weiterer Titel kommt beim Kapitel Befoldung der Beamten

Abg. Erzberger (Str.) auf die Aubienz der Postdirektoren beim Staatssekretär zurück. 4 Monate hatte man die Leute ohne Beschäftigung gelassen, da kann man ihnen nicht verdenken, daß sie sich an die Abgeordneten wandten. Dazu kommt, daß man ja schon gar nicht weiß, ob die Beamtenvorlagen noch in dieser Session kommen. (Hört, hört!) Redner protestiert dagegen, daß das akademische Studium zur Vorbedingung beim Eintritt in die höhere Postkarriere gemacht werden soll.

Staatssekretär Kräfte tabelt nach wie vor, daß sich die Postdirektoren an Abgeordnete gewandt haben.

Aus aller Welt.

Nachspiel zur Friedberg-Affäre. Während von den beiden flüchtigen Bankrottisten Friedberg und Bohn noch immer keine neuen Spuren entdeckt werden konnten — der Konkursverwalter hat jetzt die Masse übernommen — kommt die Meldung, daß Kriminalkommissar Waldemar Müller, der mit seinen „offenen Telegrammen“ an Friedberg und Bohn ein Novum in den kriminalistischen Untersuchungsverfahren eingeführt, wegen Herabsetzung seiner Abkündigungsgeld einverleibt hat. Kriminalkommissar Müller ist 37 Jahre alt und seit Dezember 1898 bei der Berliner Kriminalpolizei tätig. Bisher war er aktiver Offizier in Bremen. Bei der Kriminalpolizei bearbeitete er speziell Betrugs- und Bankrotttsachen. In seinen Wurststunden beschäftigte er sich viel mit literarischen Arbeiten. Sein neuestes Drama „Lokomotivführer Claussen“ war vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater zur Aufführung angenommen und sollte in nächster Woche seine Premiere erleben. Wegen seiner Nerven hatte er bereits einmal während des Winters Urlaub nehmen müssen. Der angegriffene Zustand Müllers trat in den letzten Tagen immer mehr hervor, als er die Ermittlungen in der Friedberg-Affäre leitete. Die Behörde wurde erst durch, als er seine „offenen Telegramme“ an Friedberg und Bohn richtete, von denen nicht der geringste Wortlaut in die Öffentlichkeit gelangte. Dazu kam, daß Müller mit dem Entschlossenen Bohns, der sich zwei Tage noch in Berlin aufhielt, mit der übereilten Beschlagnahme der bei den Freundinnen Bohns und Friedbergs gefundenen Wertgegenstände und Juwelen und mit dem massenhaften Sittlichkeit der verheirateten Persönlichkeiten, auch in starker Nacht, kriminalistische Fehler beging und zum Teil seine amtlichen Befugnisse überschritt. Am Sonnabend Nachmittag kam es zwischen Müller und dem Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Poppe und Kommissar Müller zu einer sehr erregten Szene, die bereits den Grund hinterließ, daß sich Müller in einem ruhigen hochgradig nervöser Ueberreizung befinden mußte. Dieser Zustand veranlaßte die Vorgesetzten Müllers, der verheiratet ist und seine Frau auch im Friedberg'schen Geschäft als Angestellte untergebracht hatte (1) den Hausarzt des nervenkranken Kommissars um eine ärztliche Untersuchung Müllers zu bitten. Zugleich wurde Müller nahegelegt, die Ermittlungen in der Friedberg-Affäre niederzulegen. Trotzdem arbeitete Müller die Nächte zum Sonntag und Montag durch und als Antwort auf die Vorhaltungen seiner Vorgesetzten traf beim Polizeipräsidenten am anderen Morgen das Abkündigungsgeld Müllers ein.

Kommissar Müller wurde daraufhin sofort von seinen amtlichen Pflichten entbunden und bis auf weiteres beurlaubt. Die Ermittlungen in der Affäre Friedberg sind für die Kriminalpolizei jetzt so gut wie abgeschlossen, trotzdem wurde die Arbeit noch dem Kommissar

Fischer übertragen. Die Untersuchung hat bereits der Amtsgerichtsrat Rade übernommen.

Eine der ersten Amtshandlungen, welche der Untersuchungsrichter in der Friedberg-Affäre vorgenommen hat, war die Entlassung des Rechtsanwalts Caro aus der Haft. Dieser war auf Veranlassung des Kriminalkommissars Müller festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden und zwar auf Grund von Nichtverdacht und Zeugenfalschungen. Beide Gründe scheitern an der Untersuchung für nicht stichhaltig erachtet zu haben. Auch die unter dem Verdachte der Ruppel und Erpressung verhaftete Frau Schenck nebst Tochter wurden ebenfalls ohne Stellung von Kaution mit Zustimmung des Staatsanwalts vom Untersuchungsrichter aus der Haft entlassen. Die doppelte Tätigkeit des Kommissars Müller als Kriminalist und Literat scheint viel zu seinem geistigen Zusammenbruch beigetragen zu haben. Die Friedberg-Affäre dürfte ihn völlig ruiniert haben.

Tragödie eines Berliner Liebespaares. An der Riviera hat sich die Tragödie eines Liebespaares abgespielt, das aus Berlin stammt. In einem Olivenhain bei Capri, in der Nähe von San Remo wurden die Leichen eines deutschen Liebespaares gefunden. Die Leiche eines gewissen Franz Roth und Minna Löwenhagen, beide aus Berlin. Das Paar hatte zwölf Tage im Hotel Metropole in San Remo logiert, begab sich dann nach Capri, wo der Mann die Dame durch Schüsse in den Kopf und die Brust und dann sich selbst durch einen Schuss in den Mund tötete. Bei der Leiche des Mannes wurden nur 30 Frank gefunden. — Es handelt sich um den 37jährigen verheirateten Sattler Franz Roth und die Gattin eines Kaufmanns Löwenhagen aus dem Süden Berlins. Beide verschwanden vor mehreren Tagen aus Berlin.

Pferd und Reiter im Orchester. Bei der Vorstellung im Berliner Passage-Theater kam es am Sonnabend zu einer Panik. Die Ursache war ein Unfall, der sich bei der Vorführung einer Pferdedressurnummer ereignete. Das Pferd — ein größerer Pony, auf dessen Rücken ein junger Mann saß, sollte auf den Hinterfüßen gehen. Es wurde scheu und bewegte sich mit dem Rücken nach dem Zuschauerraum zu, stieß aus und fiel mit dem Reiter in das Orchester. Die Musiker hatten sich aber noch in Sicherheit bringen können. Tier und Reiter erlitten keinen Schaden, und die Vorstellung konnte, nachdem sich der Schreck gelegt hatte, zu Ende gespielt werden.

Die verbotene Polizei. Ein Diebstahl ist während der Nacht im Polizeipräsidium zu Potsdam ausgeführt worden. Der Dieb ist durch ein Fenster in das städtische Fund- und Werdensbureau eingebrungen und hat dort nicht nur viele Fundgegenstände wie Uhren, Perlen, Ringe, sondern auch Geldbörse an sich genommen. Die verbotenen Fundstücke hat der Einbrecher an

nehmlich geahnt, obgleich er mit einem Dreieisen mehrere verschlossene Behälter geöffnet hat. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Ein räuberischer Beweis von proletarischem Duldsamkeit. Was Rom wird der „Wiener Arb.-Ztg.“ berichtet: In der vorigen Woche haben in Rom die Straßenräuber zwei Tage gestreift, um nach wohlwollenden Erklärungen des Bürgermeisters die Arbeit wieder aufnehmen. Am zweiten Streiftage ließ die Stadtverwaltung durch Streikbrecher die Straßen leeren und bei dieser Gelegenheit erlegte sich ein tragischer Unfallfall. Einer der Streikbrecher, vielleicht durch die ungewohnte Arbeit erschöpft, vielleicht durch die helle Sonne oder durch die Hitze der zahlreichen Zuschauer verwirrt, wurde in der Via Sabote der herannahenden Tram nicht gewahr. Als er das Signal des Haltens hörte, kam der Unglückliche, in der Absicht zu fliehen, gerade vor dem in voller Fahrt befindlichen Wagen zu Fall. Sein Kopf wurde grauenhaft zerquetscht, so daß der Tod sofort eintrat. Am 12. d. M. hat nun die Beerdigung des armen Teufels stattgefunden, und wer hat ihn zur letzten Ruhe begleitet? (1) seinen Sara mit Kränzen geschmückt? Gerade die Gewerkschaft der Straßenkehrer, ein Straßenkehrer, einer von denen, an denen der Tod zum Streikbrecher geworden war, das Wort und sagte, daß dem, den man zu Grabe trug, nicht der Haß seiner Klasse nachfolgen dürfe. Die Proletarier seien ihm im Mittel leidig, dem Unselbstlichen, der, ehe er das Opfer des Unfalls wurde, ein Opfer des Glucks und der Arbeitslosigkeit war. Um Trost für seine Witwe zu schaffen, sei der tote zum Streikbrecher geworden. Nicht ihm, der Gesellschaft solle sein Lohn zur Last wie sein elendes Leben und sein elendes Sterben. Und angesichts solcher Zeichen von Duldsamkeit ist nicht man von der Verrohung der Arbeiter durch den bewußten Klassenkampf?

Ein Mord bei Musikbegleitung. Aus Mitrovica, 15. d. M. wird gemeldet: Der Einwohner Joco Gadjic wurde nach Verhaftung einer zweijährigen Gefängnisstrafe aus der Haft entlassen. Er begab sich sofort in ein Gasthaus, wo er Drohungen gegen den Wirten Milan Jec ausstieß, der die Ursache war, daß er die verbotene Strafe erhalten hatte. Nachdem Gadjic den ganzen Tag hindurch gequälte, begab er sich nach Hause und forderte den im Gasthaus spielenden Dudelsackspieler auf, ihn mit Musik nach Hause zu bringen, der auch nach Erhalt eines guten Trinkgeldes bereit war. Als sie an dem Hause des Jec vorüberkamen, trachten zwei Schiffe hintereinander. Gadjic schritt mit einem Knüttel in der Hand. Jec hatte die Fingel des Jec durchbohrt. Der Wirt, der neben Gadjic ging, wurde von der zweiten Fingel getroffen und leblos auf den Boden geschleudert. Der Verdacht, die Schiffe abgegeben zu haben, lenkte sich sofort auf Jec, der, einem Verbrechen unterworfen, die Tat eingestand. Er gab Gadjic aus dem Gewande reichliche zu haben, weil er Jec's Tod Gadjic wurde die andächtige Drohung ausführen und ihn

Hg. Kämpfer (Fr. Egg.) verlangt einen erweiterten Erholungsurlaub der Postbeamten.
Staatssekretär Kräfte sagt Verbesserung der Urlaubsverhältnisse zu.
Hg. Gröber (Zr.) hat nichts gegen die akademische Vorbildung der Postbeamten, verlangt aber höhere Besoldung.
Nach Bewilligung des Kapitals verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Das Glend der preussischen Volksschule und der Ausschluß der Armen von der höheren Bildung.

Im preussischen Dreiklassenparlament verhandelte man am Montag beim Kultusminister Gegenstände, die für die Vertreter des Kapitals peinlich und schwierig sind. Die Nationalliberalen hatten nämlich, um ihre schädliche volksfeindliche Haltung in der Wahlrechtsfrage zu lassen, sich wieder einmal als Kulturpartei betitelt und eine Reihe von Anträgen auf Förderung der Volksschule gestellt, zu denen nun das Abgeordnetenhaus irgendwie Stellung nehmen mußte.
Der erste Antrag verlangte vom Kultusminister Auskunft darüber, wie sich nach dem Zustand der Aufnahmeprüfungen für die Fortbildungsschulen das Resultat des Volksschulunterrichts darstelle, und Beseitigung der dabei auftretenden Mängel der Volksschule. Hochminister Völke drückte sich um eine klare Antwort herum, indem er vortrug, daß die Untersuchungen noch nicht hätten abgeschlossen werden können. Offenbar hat man Angst davor, öffentlich zu bekennen, wie wenig die Volksschüler bei ihrer Aufnahme in die Fortbildungsschulen im wirklichen Bissen aufzuweisen haben. Im übrigen sprach der Kultusminister viel von der Notwendigkeit einer Reform des Lehrplans und einer Vermehrung der Lehrereinnahmen zum Kampf gegen den Lehrermangel, aber nichts von der elenden Bezahlung der Proletarier in der Schulstube, nichts von der schmachvollen Ueberfüllung der Klassen und der Verteilung des Kindergebührens mit patriotischen und religiösen Märchen, nichts von den schlechten Unterrichtsverhältnissen einer großen Anzahl von Proletariatskindern, von der Arbeit, die sie vielfach noch vor Schulbeginn leisten müssen, und von den langen Schulwegen, in denen er sprach kein Wort von den wirklichen Ursachen, die die Volksschule in Deutschland herabwürdigen und die Entbehrten des Besitzes auch zu Entbehrten der Bildung machen. Charakteristisch für den Kultusminister war, daß er eine sechsclassige Volksschule „wehingerichtet“ nannte. Daß in den Großstädten, wo die Sozialdemokratie wirkt, sie schon die Einrichtung sieben- und achtschlägiger Volksschulen erwungen hat, braucht der frühere Unterrichtsminister Holle aus dem Wasserbauministerium nicht zu wissen. Zentrum und Konervative verdrängen begeistert die Reliquate der heiligen Volksschule weil der Kirche und den Junkern die dümmsten Arbeiter und die dümmsten Christen die liebsten sind. Aber während die Konservativen nur gegen die Aufnahme neuer Lehrgesellen in den Volksschulen protestierten, z. B. dagegen, daß man bei Kindern des Volkes in Bürgerkunde eine Vorlesung von den Rechten und Lasten des preussischen Volkes gebe, wünschte der Zentrumsdemokrat eine Einschränkung des Unterrichts in Naturkunde, Geschichte, Geographie und Zeichen zugunsten der Religion, und ein nationalliberaler Wackerer wünschte statt allen Wissens von der Welt recht viel Unterricht der Volksschüler über die Vorgänge unserer herrlichen Kolonien. Der freisinnige Gladstoff sagte auch etwas, ich glaube über den Wert des Anschauungsunterrichts. Dann vergrub man den Antrag in einer Kommission.

Der zweite nationalliberale Antrag forderte Vereinfachung größerer Mittel, um begabten Volksschülern den Zugang zur höheren Bildung zu eröffnen. Herr Schiffer nannte das ein Gebot der Gerechtigkeit und der sozialen Verbilligung. Der Kultusminister fand, daß schon jetzt, wo bekanntlich in Preußen jeder zehnmillionste Arbeiterlohn die Chance hat, Rechtsmittelschaft zu studieren, alles herrlich geordnet sei, und der freisinnige Gladstoff erklärte ihm mit jammervollem Ausdruck, daß kein begabter Volksschüler in Preußen die höhere Schule aus Sorge um den Lebensunterhalt nicht besuchen könne. Dabei erzählte Herr Gladstoff selbst, daß seine freisinnigen Parteifreunde in den Kommunen überall das Schulgeld erhöhen. Ganz ablehnend gegen den Antrag verhielten sich die Konservativen, deren Redner zutreffend ausrief, daß schon jetzt das Bildungsstreben die Arbeiter zu Tausenden von dem Lande in die Stadt treibe. Bisher hätten die Konservativen bekanntlich immer vorgegeben, im Ernste daran zu glauben, daß es die Vergütungssucht sei, die die Arbeiter in die Großstadt locke, wir erinnern nur an die bekannte Arbeiterfaulheit- und Langbödigkeit des Herrn v. Burgsdorff im Herrenhause. Bis jetzt wendet Preußen zur Unterstützung unbemittelter begabter Schüler jährlich — man staune — 74 000 Mk. auf. Vielleicht werden es in Zukunft ein paar Mark mehr werden. Das ändert nichts daran, daß viele Befähigten auch die höhere Schulbildung für sich zu monopolisieren suchen.

Ein Heine-Denkmal am Rongo. Wie dem B. Z. aus dem Reichsamt mitgeteilt wird, hat ein Freund Heinrich Heines, der 25 Jahre in Rango (Mayumba) gelebt hat, dem Dichter in dieser Welt von der Weisheit der Dämonen der Stadt über, die bekanntlich die Weisheit eines Heine-Denkmal nicht gemessen wollten, ein feines Bildnis eines Gedankens errichtet. Das Monument trägt folgende Aufschrift: „Heine, der hat die Welt gelehrt, daß die Welt nicht ist, was sie scheint.“

Hier hat in einer stillen Nacht,
Ein deutscher Sängler sein Gedacht!
Der Wohlklang dieser schönen Feder
Geh hier des Unwales Echo wieder,
Hier hat der Stadtrat keine Nacht,
Und da die Welt genug gelacht
Ob diesem launigen Lachen,
Soll Heine hier ein Denkmal haben,
Hier wo die göttliche Natur,
Nur nicht nach Ehrst und Juden Jung,
Da sei des Reiches nur Gedacht,
Des Sinners, seiner Federkraft!

Massifcher Kaiser. Der Wiener Hofkapellmeister Fuchs sollte eine Messe komponieren und diese in der Hofkirche zur Aufführung gebracht. Besondere war dem Autor an dem Urteil seines Kollegen Hellmesberger gelegen, den er auch sofort befragte, wie ihm die Messe gefallen habe. Hellmesberger schlug ihm jovial auf die Schulter und antwortete: „Fuchs, die hat da ganz ge-schrien...!“

Mein Chronik. Am Sonntag erlöschte sich bei Spielen mit einem kleinen Knaben, den er von einem Schachfreund erhalten hatte, der 1 1/2-jährige Schachspieler Stanislaw in Kottbus — In Blankenburg i. Berg. wurde am Sonntag von der Landwehr ein junger Franzose, namens Ricard, ab und in den Kampf an den südlichen Vorposten geschoben. — In Elberfeld brangen die Arbeiter der Nacht in das Uhrwerkwerk von Glas ein und rasche 200 gelbe Hemden- und Dampfer, sowie eine große Anzahl gelber und silberner Waren, Käse, Brotkrumen, Bräutigam. Die Dampfer und Dampfer. — In Göttingen eines Hauses in der Schachstraße in München wurde Montag früh die erste Schachstraße in der Reichshauptstadt eröffnet. Die ersten Umstände sind: die Art des Schachspiels hat sich nicht geändert. — Der aus Köln herüberkommene Herr Herrs wurde in Straßburg am Sonntag von dem dortigen Richter verurteilt. Dieser hat ihn einstweilen gegen Hinterlegung einer Kaution von 20000 Dollar wieder auf freien Fuß gesetzt. In Göttingen wurden in der Nacht zum Montag die ersten Schachkämpfer verurteilt.

Wie mochte man dem Abgeordnetenhaus zu Mut, als es sich dann über die Korruptionszulagen für die Lehrer der Ostmark unterhalten konnte. Sogar von freisinniger Seite lag ein Antrag vor, diese Besetzungsgelder des Salatismus zu erhöhen, und bereitwillig laute Herr Holle, der Herr der Blüten und des öffentlichen Unterrichts, die Erfüllung dieses Wunsches für das nächste Jahr zu.

Weiterberatung des Kultusbeirats am Dienstag.

Partei-Angelegenheiten.

Das sechzigjährige Jubiläum des kommunistischen Manifestes wurde am Sonntag Mittag zu Rotterdam und am Montag Abend in Amsterdam in Volkerversammlungen gefeiert. Die erstere war von mehr als 1000; die letztere von über 3000 Personen, worunter viele Frauen, besucht. In Rotterdam hielt die Genossin Roland-Polk eine stündliche Rede, in der sie die Bedeutung des kommunistischen Manifestes als wissenschaftliche Grundlage für den Sozialismus hervorhob. In der Amsterdamer Versammlung waren es die Genossen Mandels und Wibaart, letzterer anstatt des durch Krankheit verhinderten Genossen Troelstra, welche unter wiederholtem lauten Beifall der zahlreichsten Saal Amsterdams stehenden Menge ebenfalls den Gehalt und die Bedeutung des Manifestes auseinandersetzten. In beiden Plätzen sangen die sozialistischen Gesangsvereine „De Stem des Volks“ die sozialistischen Kampflieder.

Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegung im Töpfergewerbe in Forst i. L. ist beendet. Die Arbeitszeit wurde von 9 1/2 auf 9 Stunden herabgesetzt. Die Arbeiter sind um 10 bis 20 Prozent aufgebessert worden. Statt der bisherigen Stundenlohn von 42 Pf. wird ein Stundenlohn von 45 bis 55 Pf. bezahlt.

Mülheimer Gewerbegerichtswahl. Bei der Gewerbe-gerichts Wahl im Kreis Mülheim a. Rh. und in Fall erhielten die freien Gewerkschaften 6325 Stimmen, die christlichen Gewerkschaften 4839 und die Reichs-Tunselchen ganze 393 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten sechs Sitze, die Christlichen vier, die Kirche fallen aus.

Der Siebenstundentag. Auf Grund gegenseitiger Verhandlungen wurde zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Steinbildhauergewerbes zu Chemnitz folgender Vertrag vereinbart: 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. März 1908 ab sieben Stunden täglich. 2. Die Löhne werden nach Leistung bezahlt, der Mindestlohn ist 6 Mk. täglich. 3. Die Gehilfen müssen eigenes Werkzeug haben, das Eisenwerkzeugen bezahlen die Unternehmer. 4. Kündigung ist nicht. 5. Gehilfen dürfen keine Kofferanschläge machen und Arbeiten selbstständig übernehmen. — Bisher galt die 7 1/2-stündige Arbeitszeit. Durch die Ermäßigung der Steinbildhauer wurde die Arbeitszeitverkürzung ohne Kampf durchgeführt.

Ein „Arbeitswilliger“. Aus Halle a. S. berichtet man dem „Vorwärts“: Der Müller Schwane hatte zum Nummer seiner Kollegen jahres jahres in der großen Zimmerräumen Maschinenfabrik permanent nach Feierabend gearbeitet. Als ihn sein Müller eines Tages entlassen wollte, sagte die Direktion, das gebe nicht; einen so braven Arbeitswilligen müsse man sich wahren halten. Wie erkannte aber die Direktion, als sie eines Tages erfuhr, weshalb der Mann so fern nach Feierabend arbeitete. Er tat dies, um die Firma zu bewahren zu können und hatte nach Feierabend, da er die Kontrolle durch den Vorier fehlte, für rund 1000 Mk. Öl und Farben veräußert. Die Strafkammer verurteilte den Arbeitswilligen wegen Diebstahls zu neun Monaten Gefängnis und sein Abnehmer, ein Droß, erhielt ein Jahr Gefängnis.

Einen glänzenden Gewerbegerichts-Wahltag errang das Reichs-Gewerbegericht in der Gewerbegerichts-Wahl für die Reichs-Gewerbe. Es ist Proportionalwahl vorgegeben, trotzdem erhalten die gegnerischen Arbeiterorganisationen nicht einen einzigen Vertreter. Auf die Liste des Gewerbegerichts stellten 2055 Stimmen, auf die des Reichs-Gewerbe 66. Ein grandioser Erfolg, durch den drastisch die ganze Bedeutung der Sonderorganisationen erwiesen ist. An dem gewerblichen Reichsamt waren beteiligt: Evangelische Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften und Militärvereine, im ganzen sieben Vereine.

Ein Streit der Aesfelreiner ist am Sonnabend in der weltbekanntesten Kaserne von Louis Hirsch in Gera ausbrochen. Die Leute sollten im Hof arbeiten, der ihnen bei angestrebter Tätigkeit in der heißen, ungelandeten Luft einen Tagesverdienst von 2,50 Mk. ermächtigt haben würde.

Im sächsisch-thüringischen Industriebezirk finden jetzt wieder allerorts Fabrikstreiks statt. Die Arbeiterschaft ist durchaus nicht gewillt, sich mit der Antwort der Unternehmer auf die eingezahlten Forderungen zufriedenzulassen. Ein neuer Reichslohnkampf scheint sich vorzubereiten.

Streit auf der Pariser Untergrundbahn. Die Arbeiter an der Untergrundbahn sind gestern Mittag in den Streit getreten. Die Eingänge zu den Schächten werden von Polizisten und der Garde republikaine bewacht, um etwaige Arbeitswillige zu schützen und Anstrengungen zu verhindern.

Eine Landarbeiter-Organisation ist vor kurzem in Neu-Ed-Wales gegründet worden. Bis jetzt sind derselben circa 1200 Land- und Feldarbeiter beigetreten. Das Programm für 1908 lautet: 6 Schilling Lohn für einen achtstündigen Arbeitstag, 1 Sch. für jede Lebensbedürfnisse während der Krankheit. Es verleiht sich am Rande, daß den Leuten von Seiten der Behörden in ihren Organisationsbestrebungen keine Schwierigkeiten bereitet werden. — Denn Australien ist ein wildes Land.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Februar.

- #### Geschichtskalender.
19. Februar.
- 1473 Mik. Copernikus, Begründer der modernen Astronomie, in Thorn.
 - 1565 Sven a. Gribin, schwedischer Naturforscher, in Stockholm.
 - 1827 Mikulatsch (Ed. D. Deller), holländischer Dichter, in Nieder-Rhein.
 - 1907 Pottentotten-Reichsraz eröffnet. Tamawahlen in Rußland.

Die Wirkung der Sache der „Schlesischen Zeitung“ bis in den Gerichtssaal

Es ist bereits früher, namentlich bei dem Urteil gegen Genossen Ebb, bei der Verhaftung der Genossen Klübs und Albert und vor allem damals 1895, als es unseren alten Genossen Liebnecht ins Gefängnis brachte, festgestellt worden. Auch der neueste Versuch dieses Blattes, die Rechtsprechung in Breslau zu beeinflussen (siehe Nr. 11 b gegen Jugendliche!) hat bereits Erfolg gehabt. Denn offenbar waren es die betr. Zeitungsartikel, die den Vorsitzenden des Breslauer Jugendgerichtshofes, Amtsgerichtsrat Dr. Franz, dazu veranlaßten, in öffentlicher Gerichtsverhandlung eine Art Rechtfertigungsrede für die Verantwortlichkeit zu halten. In dieser Rede sagte er, wenn der Bericht der „Bresl. Morgen-Zeitung“ richtig ist, folgendes: „Das Jugendgericht ist keine besondere Einrichtung. Es wurde nicht anders Recht gesprochen, als es früher geschehen ist. Nur das eine ist neu, daß die Strafsachen, die Jugendliche betreffen, von einem und demselben Richter abgeurteilt werden. Der Zweck dieser Einrichtung ist ein gegenseitiges Kennenlernen der jugendlichen Angeklagten. Es

Charakter, ihrer Eigenschaften, Fähigkeiten und Anlagen. Die Beschäftigung habe sich keineswegs geändert. Doch immer bestche die Strafbestimmung des § 57 in Kraft, der über die Bestrafung jugendlicher handelt und insbesondere vorschreibt, daß in besonders leichten Fällen auf Verweis zu erkennen sei. Bei diesem Verweise könne es sich nicht um besondere Erziehungsmaßregeln handeln, indem man einen solchen jungen Missethäter etwa gleich in Zwangsarbeiter bringe. (So ähnlich hatte es die „Schlesische“ gefordert! N. d. B.) Man müsse wissen und verstehen, was das zu bedeuten habe. So leicht komme kein Richter dazu, die Zwangsarbeiter einzustellen zu lassen. Von den vielen Anträgen, die auf Zwangsarbeiter gestellt werden, werden die Hälfte bis Dreiviertel abgewiesen. Man muß sie nicht immer gleich (wie es der Berliner Amtsgerichtsrat M. in der Schles. Jg. wollte, N. d. B.) das schwerkste Geschick auffahren, was möglich ist, um jugendliche Verfehlungen zu verbüten. Ein Verweis genüge in vielen Fällen, um eine gute Wirkung auszuüben. Was den Fall anlangt, daß einmal einem jugendlichen Angeklagten zwei Verweise hintereinander erteilt worden seien, der in der Presse als etwas absonderliches dargestellt worden sei, so habe es banal folgende Bewandnis. Der betreffende Knabe hatte zwei Straftaten begangen, die zeitlich auseinander lagen. Die zweite Straftat lag schwerer und kam zufällig zuerst zur Verhandlung. Es wurde dafür auf einen Verweis erkannt. Später kam der mildere Fall zur Aburteilung. Das Gericht konnte unumwunden den Fall strenger bestrafen, als den ersten. Deshalb wurde auch dafür auf einen Verweis erkannt. Jeder Richter würde unter gleichen Verhältnissen ebenso verfahren sein. Man müsse solche Verurteilungen also vom richtigen Standpunkt beurteilen, und es brauche davon kein großes Aufheben gemacht zu werden. (Er Vorstehender) könne versichern, daß gegen Jugendliche schon unter seinem Vorst. auf 2 und 3 Monate Gefängnis erkannt worden sei. Zur Aburteilung gelangten aber nicht bloß Schulinder, sondern auch 17 Jahre alte Anwaltsk. Das Gesetz lasse aber einen weiten Spielraum in der Strafbesetzung und man könne nicht alle jugendlichen Angeklagten in einen Topf werfen. Wie die Verhältnisse zur Zeit liegen, lasse sich nichts anderes tun, als sich an das Gesetz zu halten. Daß die Staatsanwaltschaft gegen Jugendliche leichtsinnig Urteile ergreife, habe sie nicht richtig. Es werde so gehandhabt, wie vor der Einführung des Jugendgerichtshofes. Die Diskussion über die Jugendgerichte sollte endlich etwas mehr einschränkt werden. Vom Standpunkte der Praxis aus lasse sich nichts weiter tun, wie aus dem bisherigen Standpunkte her. Das einzig neue sei, daß früher die Urteilsachen gegen Jugendliche hier unter einem Richter verhandelt waren, während sie jetzt in seiner Hand habe. Was den Verweis anlangt, so mache dieser sehr wohl Eindruck auf die jugendlichen Angeklagten. (Die „Schlesische“ hatte das bestritten. N. d. B.) Väter und Mütter hätten ihm (dem Vorstehenden) schon vielfach gedankt, daß auf Verweise erkannt worden sei und ihm unter Tränen versichert, daß bei ihren drohenden Verfehlungen, wegen deren sie mit Verweisen bestraft wurden, nicht mehr vorkommen würden. Am Kos sei also der Verweis nicht, wie vielfach behauptet werde.

Wie man sieht, lassen mehrere Wendungen in dieser Rede direkt darauf schließen, daß der Richter sich gegen die Scharfmacherin von der Schweidnitzerstraße zu wenden angewungen war. Auch die Anwesenheit des Land- sowie des Oberlandesgerichtspräsidenten in einer der letzten Sitzungen des Jugendgerichtshofes waren wohl auch keine zufälligen Besuche. Es zeigt sich an diesem Falle wieder recht deutlich, wie groß der Wert, wech (unter Umständen) gefährl. lich großen Wert man im Breslauer Gerichtsgebäude auf die Erträge der „Schlesischen Zeitung“ legt. Wäre die Einschaltung dieses Blattes auch im Ministerium des Innern, im Reichsamt des Innern und im Justizministerium ebenso so groß — wir hätten in Deutschland weder die Freizügigkeit, noch Koalitionsrecht, noch Sozialpolitik, noch Garantien in der Rechtsprechung!

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden und die Breslauer Kaufleute.

Zu der Versammlung des kaufmännischen Vereins, die am Freitag in der „Neuen Börse“ stattfand, sprach Herr Reichssekretär Scholz über die Durchführung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden nach dem Ortsstatut der Stadt Breslau, das am 1. April cr. in Kraft tritt. Von einem Teilnehmer der Versammlung wird uns geschrieben:

Wenn Herr Scholz das Statut erläutert und den anwesenden Kaufleuten, Fabrikanten u. erklärt hätte, wie sie sich vor Strafen und sonstigen Unannehmlichkeiten schützen können, so wäre das ganz angebracht gewesen, niemand konnte dagegen Einwände erheben. Herr Scholz tat aber ein anderes, er zeigte sich in seinen Ausführungen als ein eifriger Förderer der Arbeitgeber-Interessen. Aus seinen Worten kam das eine förmlich heraus, daß das Ortsstatut eigentlich eine Last für die Arbeitgeber darstelle. Diesen Eindruck hatten besonders die Kassendirektoren, die in der Versammlung anwesend waren. Der Vortragende machte auf den § 1 des R.-V.-G. ganz besonders aufmerksam, wonach die Personen, die nur vorübergehend, zur Ausbille und weniger als eine Arbeitswoche beschäftigt werden, nicht versicherungspflichtig sind und er fügte hinzu: „Davon scheinen noch viele Kaufleute keine Kenntnis zu haben, diese Bestimmung ist für Sie von besonderem Wert, machen Sie davon den ausgiebigsten Gebrauch. Nur müssen Sie mit den Versicherten einen schriftlichen Vertrag schließen.“ Herr Scholz gab auch Ratschläge, wie die Arbeitgeber es mit alten, gebrechlichen Arbeitern, Dalbinsaliden, die ja auch beschäftigt werden, bei der Krankenversicherung halten sollen. Im Gemüth zu haben, wie viele Arbeiter die Hausgewerbetreibenden, Zwischenmeister u. beschäftigten, brauchten die Oberarbeitgeber diese nur zu verpflichten, Lohnlisten aufzustellen. Das sei, meinte Herr Scholz, unbedingt erforderlich, um sich vor Schaden zu schützen. Uebrigens sollten die Arbeitgeber mehr Interesse für das Krankenversicherungswesen an den Tag legen. Dagegen ließe sich durchaus nichts sagen, das unwahrscheinlich wäre, aber Herr Scholz wollte damit etwas ganz anderes andeuten. Wenn die Kaufleute mehr auf dem Plage gewesen wären, hätte es nicht passieren können, daß die Ortskrankenkasse für Kaufleute einen so furchtbaren Beschluß fassen konnte, daß Handlungsgesellen und Arbeiter gemeinschaftlich die Vertreter wählen. Aus dieser Leistung kann man schon erkennen, wie freundschaftlich der Herr Reichs-Sekretär den Kaufleuten gekannt ist. Wir meinen, ein für die Kameradschaft angelegter und besetzter Beamter, darf sich in der Definitivität nicht auf einen solchen Standpunkt stellen. Uebrigens kennt das Krankenversicherungsgesetz nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Herr Scholz soll uns eine Ortskrankenkasse nennen, bei der die Arbeitnehmer die Wahl der Vertreter in getrennten Wahlgängen vornehmen. Wenn das bei der kaufmännischen Klasse bisher der Fall war, so ist noch nicht gesagt, daß es in aller Ewigkeit so bleiben soll.

Die Debatte war eine sehr ausgedehnte, es wurden an den Referenten eine Masse Fragen gestellt, die alle darauf hinausliefen, wie schützen wir uns vor dieser Last, wie können wir es machen, daß wir von den Beiträgen befreit werden. Zu Vordergrund stand die Frage, ob diejenigen Versicherungs-pflichtigen, die einer freien Hilfskasse beitreten, die dem § 75 des R.-V.-G. Genüge leisten, von der Annahme bei der Krankenkasse befreit sind — darüber wollte man Gewißheit haben, weil das Ortsstatut darüber nichts sagt. Herr Scholz verlässigte den Herren, daß solche Hausgewerbetreibende selbstredend nicht anzurechnen zu werden

Ein Fragesteller, wahrscheinlich ein Arbeiterfabrikant, war...
Nicht ein einziger Redner sprach den Arbeitern das Wort, wir glaubten, Herr Referent würde den Kaufleuten sagen, so und so viele Jahre habt ihr die Hausgewerbetreibenden nicht zu versichern brauchen, während der ärmste Meister dieser Pflicht nachkommen mußte, ihr habt Vermögen gesammelt, während die Arbeiter arm sind wie eine Kirchenmaus, und wenn sie dabei alt und grau werden. Empfindet die Krankenversicherung dieser Armen nicht als eine Last, sondern als soziale Pflicht. Das wäre ein Wort gewesen. In letzter Linie müssen die Arbeiter die Kosten tragen, denn die Konfessionäre werden es schon verstehen, die Löhne zu drücken. Die beste Waffe gegen Ausbeutung ist die Organisation. Diese Versammlung tut auch Arbeitern von der Nadel von neuem kund, wie notwendig der feste Zusammenschluß ist.

Nachmal: Die hohen Preise der Unfallstation.
Aus Kassenkreisen erhalten wir auf das Eingeladene des Herrn Dr. Nische in Nr. 40 der Volkswacht folgende Zuschrift: Wir begrüßen die Erörterung der hohen Preise bei der berufsgenossenschaftlichen Unfallstation vom roten Kreuz, eine Einrichtung, die durch eine Stiftung des Herrn Kommerzienrats Haase gegründet wurde, mit Interesse. Die Unfallstationen in Breslau wissen sehr genau, daß die davorstehenden Unterhaltungskosten nicht von dem Stifter getragen werden. Den Ortsgenossenschaften kommt es lediglich darauf an, der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung vom roten Kreuz den Nimbus zu rauben, als geschehe die Behandlung dort stets „unkontrolliert“. Die große Mehrzahl der Breslauer Kassenmitglieder glaubt nämlich, daß sie nur nötig haben, in die Unfallstation zu gehen, um der Kasse Kosten zu sparen.

Dies war bisher ein großer Irrtum der Kassenmitglieder. Wenn ein durch Unfall oder irgendwelche verletztes Kassenmitglied die Unfallstation hilfesuchend besucht hat und es wird demselben dann in der Herabkunft der Kasse die Rechnung vorgelegt, welche der Verband gefordert hat, so ist daselbe höchst erschauert. Die „billige“ Rechnung steht in der Regel so aus: Konsultation 1 Mk., Verband einer Fingerwunde 1 Mk., Material 50 Pfg., in Summa 2.50 Mk. Die Entfernung eines Glas- oder Holzsplitters aus einem Finger kostet 2 Mk., Konsultation 1 Mk., Verbandsmaterial 50 Pfg., in Summa 3.50 Mk.

Dem betr. Patienten wurde bedeutet, er möge in ähnlichen Fällen doch lieber zum Kassenarzt gehen oder in irgend eine Poliklinik, da für die Kasse die Behandlung dort billiger sei. „Satt ich das gewußt, daß hätte ich mir das bissehl Finger alleine verbunden! Da sehen Sie her, das ist der Finger, für das bissehl Verband 1 Mk. und noch 50 Pfennige für Material und dann noch extra die Konsultation 1 Mark, das bezahlen Sie nur ja nicht, das ist zu teuer, ich werde es Ihnen bezeugen.“ So äußern sich die Mitglieder sehr oft, wenn die Kassenbeamten nach der Art der Verwundung oder des Unfalls fragen und sich in Gegenwart des Verletzten die Rechnung der Unfallstation prüfen. Das sind aber die kleinsten Rechnungen. Nennen einigermassen größere Hilfesleistungen vor, dann muß, wie Herr Dr. Nische sehr richtig in seiner Zuschrift sagt, die Kasse „anständig bezahlen“. Die Höhe der Zahlungen richtet sich genau nach der Mindestgröße der preussischen Gebührenordnung für Verze vom 15. Mai 1896. Dies, versteht Herr Doktor, ist ja gerade das, was von den Kassen sehr bitter empfunden wird. Die „Minimalrate“ ist bekanntlich so hoch, daß wenn alle den Kassenmitgliedern erwählten ärztlichen Hilfesleistungen nach dieser famosen „Minimalrate“ bezahlt werden müßten, die Kassen sehr wenig für ihre Mitglieder an Unterhaltungen leisten könnten. Die Kosten der ärztlichen Hilfesleistungen, die Kur- und Verpflegungskosten in Krankenanstalten, Medikamente u. dergleichen sind dann so hoch, daß für die Kassenmitglieder nur die gesetzliche Mindestleistung an Krankenunterstützung gezahlt werden könnte. Bei Verrenkung einer Schulter würden 10-12 Mark liquidiert, extra Material 1 Mark, die Rechnung bei Verwundungen und viele andere Fälle können angeführt werden, wo die Liquidation der Unfallstation doppelt so hoch ist, als die der Privatärzte und Polikliniken.

Vielleicht dienen diese wenigen Zeilen dazu, die berufsgenossenschaftliche Unfallstation vom roten Kreuz oder ihren Stifter zu veranlassen, den Kassen gegenüber als Waren-Kontumenten der ärztlichen Hilfesleistungen mindestens 50 Prozent bei Barzahlung zu gewähren. Es soll ja noch hervorgehoben werden, daß benannten Kassen, die darum ersucht haben oder die mit der Unfallstation Kaufstrafe ein Abkommen getroffen haben, bei Auszahlung der Rechnung 20 Prozent Rabatt gewährt werden. Nach der letzten Form der Liquidation ist die Unfallstation lediglich ein geschäftliches Unternehmen, wie die Zahnklinik „Volkswohl“ oder irgend ein mediz. mechanisches Institut. Die Unfallstation in ihrer letzten Form ist im Zentrum der Stadt mehr geschaffen worden, um den praktischen Ärzten ihre Nachtruhe zu sichern. Sie ist auch von der Verleumdung mit Freuden begrüßt worden. Wir haben die Heherzeugung, daß wie in anderen Großstädten es schließlich Aufgabe der Kommune ist, mehrere derartige Unfallstationen in den industriereichen Vororten der Stadt einzurichten. Eine Stadt wie Breslau hat unserer Auffassung nach nicht nötig, die ihr obliegende hygienische und sanitäre Aufgabe anderen Faktoren zu übertragen. Es adde auch sehr viel Ärzte, die als Chirurgen sehr gern in ihrer in fabrikricher Gebend aelonen Wohnung ein ständiges Verbandsbureau errichten würden, wenn sie nach der Minimalrate der Gebührenordnung bezahlt würden und von der Stadt in irgend einer Weise für die benannten Mehrverwendungen für Verbandstoffe Material und Materialkosten entschädigt würden. Das derartige Unfallstationen in einer Stadt wie Breslau eine große Notwendigkeit sind, beweisen ja die vielen Fälle, in denen Verunfallte schnell hilfesuchend die Verbandsstationen der städtischen Feuerwachen aufsuchen, wo sie völli g Kostenlos in fuhrerweiser Weise verbunden oder sofort irgend einer Poliklinik überwiesen werden. Der Anreiz der vorstehenden Zeilen ist nicht etwa, die Unfallstation Kaufstrafe in ihrer Tätigkeit herabzusetzen, sondern ist lediglich in Wahrheit der berechtigten Interessen der Kranken und deren Mitstreiter geschrieben, soweit es die Revoluion der davorstehenden Hilfesleistungen anlangt. Wir glauben deshalb auch, daß Herr Dr. Nische darauf nichts mehr zu erwidern haben wird.

Erhöhung der Rollpreise und Ahtuhr-Ladenschluß in Bäubeleien.

Eine Erhöhung der Rollpreise soll am 1. April in den Breslauer Bäubeleien in Kraft treten. Eine am Montag im „Goldenen Zepter“ stattgehabte Versammlung der Drehrollen-Besitzer und -Besitzerinnen, die von etwa 300 Personen besucht war, beschloß dementsprechend. Es sollen

in Zukunft bezahlt werden für Rollgelb 18 Pfg. pro Stunde, für das Drehen der Rolle 20 Pfg. pro Stunde, für das Aufkäumen der Wäsche 15 Pfg. pro Stunde, so daß, wenn die Wäsche vollständig fertiggestellt wird, ein Minimallohn von 50 Pfg. erzielt werden soll. Außerdem sollen für das Abholen und Wiederbringen der Wäsche je 5 Pfg. in Anrechnung gebracht werden. Begründet wurde diese Erhöhung, die ja schon vor einigen Jahren beschlossen und nur zum Teil durchgeführt wurde, mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebensmittelpreise, Mieten usw.

In der Diskussion über diese Vorschläge wurden von einigen Rednern noch höhere Preise gefordert, aber nachdem sich ein Vertreter der „Breslauer Zeitung“ auch nur für die Höhe der Kommission entschieden hatte, wurde demgemäß beschlossen. Die weiteren Arbeiten behufs einheitlicher Durchführung wurden dem Verein Breslauer Vorstoßhändler übertragen.

Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen von dem Hausierwesen. Die Vorstoßhändler fürchten, daß bei Eröffnung der Markthallen das Hausierwesen noch mehr um sich greifen und sie in ihrer Existenz bedrohe. Die Hausbesitzer und die Postzeit sollen ihnen in Kampfe zur Einbannung dieser Konkurrenz behilflich sein. Erhöht durch Anhalten von Malaten, in welchen den Hausierern das Betreten des Hauses bei Strafe verboten wird und an letztere soll eine Petition gerichtet werden. Die Besprechung des Ahtuhr-Ladenschlusses führte zu einer recht stürmischen Debatte, die vom Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Reinert, Parabelstrafe, provoziert wurde. Die ganze sozialpolitische Rückständigkeit des größeren Teiles der anwesenden Wähler kam hierbei zum Vorschein. Die Genossen Lodus, Riedel und Sent machten die Versammlung mit den Vorteilen des früheren Ladenschlusses vertraut, aber eine Mehrheit dafür fand sich nicht, trotzdem die Wähler sich bitter darüber beschwerten, daß sie mehr als 16 Stunden täglich arbeiten müßten. Schließlich wurde über die eventuelle Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses abgestimmt. Die große Mehrheit lehnte ihn ab; trotzdem fanden sich aber noch eine Anzahl, die mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis zum früheren Geschäftslohn gab.

Wenn sich die Mehrzahl der Wähler auch jetzt noch mit Händen und Füßen gegen den Ahtuhr-Ladenschluß wehrt, über kurz oder lang wird er doch gesetzlich eingeführt und sie werden sich fügen müssen, trotz der angebotenen Bedrohung ihrer Existenz und der Konkurrenz der Gastwirte.

Die Wahrheitsliebe des Abgeordneten Major Stroffer

erfährt eine eigenartige Beleuchtung durch folgendes Schreiben, das die „Tägl. Rundschau“ in Berlin veröffentlicht:

Am 15. Februar hat Herr Abg. Stroffer (bei der Beratung des Kautschuks im Landtage) die Behauptung aufgestellt, daß wir „auf sämtlichen preussischen Universitäten mit einer einzigen Ausnahme zum überwiegenden Teile sogenannte liberale theologische Professoren haben.“ Die „Ausnahme“ ist natürlich Grisewald; alle anderen Universitäten fallen also unter Herr Stroffers Urteil. Man muß sich billig darüber wundern, daß ein preussischer Abgeordneter so leichtsin eine erweislich unwar. Behauptung ausspricht. Herr Stroffer ist Abgeordneter für Breslau; so hat er den Beweis für die Unrichtigkeit seines Satzes sehr bequem. Wie man auch zählen und rechnen mag: unter keinen Umständen gelingt es, herauszurechnen, daß in Breslau die überwiegende Anzahl der Theologie-Professoren liberal sei. Das Gegenteil ist richtig; die ganz erhebliche Mehrheit ist positiv. Herr Stroffer wird hoffentlich seine unrichtige Behauptung zu korrigieren Anlaß nehmen.

Das Blatt hat recht, wenn es dem Herrn gerade Breslau vorhält. Man braucht sich nur die Julius Wolff, Hauptmann a. D. von Wendtstern (mit der Schuppenkette unterm Kinn) als die Kollegen der Theologen anzusehen, um zu wissen, daß der Herr Major etwas sehr „leichtsin“ obige Behauptung aufgestellt hat.

Pastor Nitsche gegen die Beitragsverhöhung im Sozialdemokratischen Verein. Am kommenden Montag wird sich der Sozialdemokratische Verein Breslau mit der Frage der Gründung eines Wohlfonds durch Erhebung eines Extrabeitrages von ganzen zehn Pfennigen pro Vierteljahr beschäftigen. Es ist dies eine rein interne Frage des Vereins und es liegt ganz im Belieben der Mitglieder, ob sie dem vorliegenden Antrage zustimmen wollen oder nicht. Zuerst hat man jetzt in der Werkstätte auf der Laurentienstraße, in der Pastor Nitsche sein jugendlicher Geselle mit Schere und Kleisterkopf hantieren, um aus der Korrespondenz des Reichslagenverbandes eine Art „öffentliche Meinung“ anzufertigen, zu der Frage der Beitragsverhöhung Stellung genommen. Zwar gehört weder Pastor Nitsche noch sein Geselle dem Sozialdemokratischen Verein an, trotzdem aber hat man sich in jener „Redaktion“ sofort daran gemacht, über diese für Nitsche doch so wichtige Frage ein paar eigene Zeilen zu verbrochen. Der Reich hat den Leuten die Feder in die Hand gedrückt, denn die um Nitsche wühlenden viel lieber sehen, wenn die Arbeiter ihnen ihre Quartalsgrößen zur Agitation für Volksauszehrung überliefern würden. Da sie aber nicht so kumm sind, so berichtet das Nitscheblattchen, daß „die sozialdemokratische Steuerbehörde“ die Breslauer Sozialdemokraten schon wieder einmal zu „fühlen“ bekommen sollen. „Auf der Tagesordnung der nächsten unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden sozialdemokratischen Vereinsversammlung liegt ein Antrag“ usw. Die kapitalkräftige Sozialdemokratie verhält sich wirklich sehr gut, den Genossen, auch den ärmsten, das Geld aus der Tasche zu pressen und es für Sachen, von denen die Arbeiter nicht die geringsten wirtschaftlichen Vorteile haben, zu vergeuden.“ Dann werden die „rechtsherrlichen Parteien“ ermahnt, mit den Wahlwerbungen nicht zu spät zu beginnen. „Zum Reich nicht sich also die Angst vor den bevorstehenden Wahlen. Die Genossen des Pastor Nitsche haben eben den Arbeitern mit der Foktill der Auszehrung nicht genug „wirtschaftliche Vorteile“ gebracht.

Aber wenn Pastor Nitsche oder sein Geselle sich erst einmal gegen die Sozialdemokratie auf die Hosen gesetzt hat, fährt er nicht so leicht auf. Also die Feder hingelegt, Schere und Kleisterkopf zur Hand und schnell noch etwas aus anderer Quelle den eigenen Ansichten hinzugefügt. In der Verhandlung der Breslauer Sozialdemokraten gibt es Anstößigkeiten zu acht Pfennigen das Stück zu kaufen, auf denen die bekannten Führer zu sehen sind. Bloß Berneke in „dürfte“ antworten „auf höheren Befehl“ noch nicht verkauft werden; er müsse „sich erst bessern“. Wir können Herrn Nitsche verraten, daß die Breslauer Sozialdemokraten in einer „geheimen Versammlung“ den Beschluß gefaßt haben, zunächst wenigstens den Gesellen von Nitsche in Anstößigenform zu verkaufen, und zwar in dem Wert sogar auf ganze zehn Pfennige geschätzt worden. Auch mit Anstößigkeiten von Pastor Nitsche selbst liegen sich gewiß gute Geschäfte machen. Also, Herr Nitsche, wenn Sie bedacht werden wollen, dann heranzuziehen vor den sozialdemokratischen Gustaffen!

Wie Arbeiterinnen an die frische Luft gesetzt werden. In der Zigarettenfabrik Sulzhan (Inhaber Freybedt), wo e. 150 Arbeiterinnen beschäftigt sind, haben Zustände Platz gegriffen, die eine öffentliche Besprechung notwendig machen. In der

„Volkswacht“ haben wir uns erst in voriger Woche mit dem Vertriebe beschäftigt. In der Fabrik ist es seit längerer Zeit immer sehr heiß bei ihrem Eintritt zu fragen, ob sie im Verbands sind. Mit dem Roll, dann wird sie garnicht erst beschäftigt. Denn sie sind und ist doch im Verbands, dann dient das Ahtuhrsystem dazu, sie bald um ihr künftiges Brot zu bringen. Die Fabrik kann nur Leute gebrauchen, die alles willfährlich über sich ergehen lassen.

Am letzten Sonnabend hat drei weibliche Kommissionsmitglieder des Tabakarbeiterverbandes auf der Stelle entlassen worden, weil sie um die Abstellung verschiedener Mängel vorstellig wurden. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß sie wegen Verbandszugehörigkeit entlassen worden sind. Der Inhaber zahlte ihnen den Lohn aus, wie die also Gehaltsen es verlangen können, er will sich jedenfalls nicht irgendwelchen Scherereien vor dem Gewerkegericht ausliefern. Das ist ja auch ganz vernünftig. Den Arbeiterinnen wurde bereits vor acht Tagen gekündigt, sie wurden ferner bis zum letzten Sonnabend von allen wichtigeren Arbeiten ferngehalten und als es dem Herrn und der Direktrice, Frau Zettel, zu „toll“ wurde, einfach entlassen. Neben den von uns bereits mitgeteilten Mängeln beklagen sich die Arbeiterinnen, daß jede Woche Strafgehalt in Höhe von 20, 30 und 40 Pfg. vom Lohne abgezogen werden, zwar fließt das Geld in die Betriebskasse, aber von einer Kontrolle ist wenig zu spüren. Das bräute Verhalten insbesondere der Frau Zettel ist unerhört, gerade sie sollte aus ihren früheren Stellungen wissen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen Anspruch auf anständige Behandlung haben. Es ist selbstverständlich, daß die Organisation über die Verhältnisse und Erziehungsmethoden der Firma ein wachsam Auge behalten wird.

Die Firma hat sich, wie uns eben mitgeteilt wird, einen neuen Streich geleistet. Sie hat nämlich ein Plakat mit folgendem Inhalt in der Fabrik anhängen lassen.

Arbeiterinnen, die in irgend einer Weise durch Prohungen z. c. in den deutschen Tabakarbeiter-Verband einzutreten gezwungen werden, werden erlucht, in ihrem eigenen Interesse dem Chef Mitteilung zu machen, um gegen diese Personen gerichtlich vorzugehen.

Der Chef dürfte mit einer solchen Aufforderung wenig Glück haben. Die Arbeiterinnen bedienen sich nur gesetzlicher Mittel, um Kollegen für den Verband zu werden.

Die Koffer- und Taschenfabrik von Richard Weidlich in der Breslauer Sattlerstraße hat seit langem viel Ansehen bei den Weidlichen. Vor Weihnachten ist dort fast allen Arbeitern gekündigt worden, angeblich weil der Betrieb aufgelöst werden sollte. Etwas 20 Sattler sind auf diese Weise auf das Straßenpflaster gesetzt worden, obwohl sie zum Teil schon viele Jahre dort beschäftigt gewesen waren. Inzwischen hat es sich herausgestellt, daß die Firma den Eid der Abweisung des Reiches nur unterzogen hat, um den eingeleiteten Tarif wieder los zu werden. Gegenwärtig arbeitet sie mit einer Anzahl von Arbeitern und Handwerkerbetrieblenden. Schon steht die Firma unter dem Schutze der Polizei und als Streikposten z. verächtlichen Personen, die sich auf der Viktoriastraße sehen lassen, werden notiert oder stiftet. Die Filiale Breslau des deutschen Sattlerverbandes hat sich nun in einem Briefe an die Abnehmer der von der Fabrik gefertigten Artikel gewandt und ihnen die gekündigten Vorkommen unterbreitet. Mit der Qualität der unter den gegenwärtigen Umständen von der Firma produzierten Waren dürften sich die bisherigen Abnehmer sicher nicht mehr als zufrieden erklären können.

Zur Beachtung für Tabakarbeiter. In der Versammlung, die am 12. Februar tags, wurde Kollege Wilh. Wocjalski zum Ortsbeamten gewählt. Besondere Umstände, die im Laufe dieser Woche eingetreten, veranlassen den Kollegen Wocjalski, diesen Posten nicht anzutreten. Es macht sich insoweit ein Neuwahl notwendig. Diese wird bald vorgenommen. Tag der Versammlung wird in der „Volkswacht“ bekannt gegeben.

Kommunale Fleischversorgung. Bei der auf städtische Kosten in dem letzten Jahr erfolgten Wäzung von 260 Schweinen im städtischen Viehhof an Karststraße wurden 334 Mark Ringewinn erzielt. Der Gewinn ist infolge der hohen Einkaufspreise für Aufschweine zu Anfang des Jahres 1907 im Verhältnis niedriger als das Ergebnis aus dem ersten Versuchsjahr 1906. Gleichwohl soll wie der Stadtrat berichtet, die Schweineerzeugung in städtischer Regie fortgesetzt werden. Die bürgerliche „Frankf. Zig.“ konstatiert mit Bedauern, daß die Stadt bisher auf halbem Wege stehen geblieben ist und keinen Eigenverlauf von Schweinefleisch eingerichtet hat, obwohl eine Regulierung der verhältnismäßig hohen Fleischpreise auf diesem Weg hier möglich und angeht. Das städtische Projekt, das der gering bezahlten Beamten und sonstigen Elemente des kleineren Mittelstandes — und noch viel mehr der Arbeiter — geradezu ein Gebot sozialer Notwendigkeit wäre, wenn nicht eine bedenkliche Unterernährung einträte. Nur in einem Ausnahmefall sind städtische Fleischpreise zu erniedern. Das auf zwei Verkaufstage berechnete Quantum war in kaum einer Stunde vergriffen. Es scheint sich jedoch auf die Stadterwaltung starke Gegenstände geltend zu machen.

„Mein Leopold“, des bekannten Lustspiel- und Volksspielfabrikanten a/bekanntes Stück, erlebte am Sonntag im Thalia-Theater eine fröhliche Auferstehung. Und nur Freunde der Dilektion war das Publikum, das der besseren Kunst konsequent fernbleibt, sehr zahlreich erschienen und sorgte nicht mit dem Beifall. Von den Darstellern verdient diesmal Herr Senz als Sobu Leopold das größte Lob. Wie dieser Künstler, der sich kürzlich in Hauptmanns „Dibbernitz“ (als Wehrhahn) in der „Hochzeit von Hosi“ und „Agnis Bernauer“ (als Teobald) seine vielseitige Kunst zu zeigen Gelegenheit hatte, frisch und lebhaft den Forderungen des Dichters bis in den letzten Winkel nachging, das verdient volle Anerkennung. Kräftig bei Herrn Will mit man Fröhlichkeit nehmen, er ist 2 Jahre alt. Wenn sich das Publikum gefallen läßt, daß er als der in seinem Charakteren Jungen bis zur Korrekte verliebte Schaffer sogar in der (das Schicksal legt den Hosen an und hobelt alles gleich) und sentimental wird, so nur, weil er eben der „Bapa Will“, der von fröhlichen guten Leistungen her bekannt bekannter Künstler ist. In den übrigen Rollen waren mit hinzubringen Gifer beschäftigt. Fröhlich als Clara, Herr Wallauer als Starke und Herr Störz als Unteroffizier.

Der Breslauer Konsum-Verein hält seine Generalversammlung am Donnerstag, 27. Februar d. J., Abends 8 Uhr, im Saale des Palastrestaurants ab.

Unter Blumen nahezu begraben wurden am 25. Aufführung der Operette „Ein Walzertraum“ die Gesellschafter in diesem Saale. Der Siege erhielt zwei große Kränze, davon einen mit schäner roter Schleife, Herr Freyler wurde reich bedacht und Fr. Weyerhofer konnte gar für ein großes Blumenarrangement in Form einer Blase (die spielt bekanntlich im „Walzertraum“ die Dirigentin der Damenkapelle) dankend vor die Kämpfe treten.

Vorabendvorträge des Humboldt-Vereins. Donnerstag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr wird Herr Pastor Johannes Richter in Kapuziers Lokal, Mathiasstraße, einen Vortrag halten über die „Kriegszeiten in Schwedens Geschichte“. Der Eintritt ist frei. **Die feindlichen Brüder.** In der Größerenstraße war es nicht in Messina. Und ob die beiden Streitenden, die am Montag Abend um 6 1/2 Uhr vor Hildebrandts Lokal einen Aufruf verurteilten, den Brüdern Don Cesar und Don Manuel, den Eltern

der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Der ... Herr ...

Aus Schlesien und Posen.

Der neue Regierungspräsident von Oppeln.

Herr von Schwerin, in eifrig bemüht, seinen Wirkungskreis kennen zu lernen. Das ist gut, er selbst dürfte es aber als selbstverständlich betrachten, daß er den weitläufigsten oberbehördlichen Anordnungsbezirk, die Forderungen sowie Wünsche und Beschwerden seiner Untertanen an Ort und Stelle prüft. Darob löst ihn die bürgerliche Presse über das Bohnenkraut, was wir nicht mitmachen können. Wir wollen uns über das „Nebenwärtige“ und das „freie Wort“ des Herrn v. Schwerin — das ihm die bürgerliche Klatschpresse in die Schuhe schiebt — nicht weiter aufhalten. Daß der Herr von Schwerin sehr nachsichtig sein kann, wenn diese Nachsicht gegenüber Unternehmern, Innungen, geübt werden soll, bewies er kürzlich. Es war nämlich eine Deputation von 3 Herren als Abgesandte der ...

Schlesiens Gesundheitszustand im Januar.

Von Erkrankungen an Infektionskrankheiten sind laut „Schlesien“ im Januar aus der Provinz Schlesien gemeldet: Diphtheritis 221, Scharlach 57, Typhus 26, Cholera 1, Malaria 1, ...

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags. 50. D. 1. Ein Ausländer erlangt in Deutschland niemals ohne weiteres das Heimatsrecht, sondern nur durch Naturalisation. 2. Die aus Rußland und Oesterreich-Ungarn kommenden Arbeiter müssen sich vom 1. Februar d. J. ab eine Legitimationskarte in einem der Grenzämter ausstellen lassen. Auch diejenigen russischen und österreichisch-ungarischen Arbeiter, die sich bereits vor dem 1. Februar 1905 in Preußen befanden, haben sich bei der Polizei eine Legitimationskarte zu beschaffen. Die französischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeiter, die sich keine Legitimationskarte besorgen, haben die Ausweisung zu gewärtigen. ...